

MITGLIEDERVERSAMMLUNG 1975

am Sonnabend, dem 10. Mai 1975, um 10.00 Uhr in
Husum, Thordsens Hotel

SITZ DER GESCHÄFTSSTELLE

Unsere Geschäftsstelle in Husum ist von der Theodor-Storm-Straße 9
nach Osterende 46 verlegt worden. Der Fernsprechanschluß
(0 48 41) 24 23 bleibt bestehen. Außerhalb der Geschäftszeit ist der
Geschäftsführer Harms unter (0 48 41) 49 02 fermündlich zu erreichen.

DER MITGLIEDSBEITRAG FÜR DAS JAHR 1975

Diejenigen Mitglieder, die einen Jahresbeitrag über 2,— DM bezahlen,
werden gebeten, den Beitrag für 1975 recht bald zu überweisen.

Konten: Nr. 13 862 Sparkasse Nordfriesland Husum
 Nr. 114 07-206 Postscheckamt Hamburg

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Lorenz Rerup</i> Die nationalen Minderheiten und ihre legitimen Ansprüche an den Herbergsstaat	35
<i>Paul Koopmann</i> Heimatgeschichte im Strome der Zeit	44
<i>Peter Hopp</i> Pastor Johannes Schmidt-Wodder (1869-1959)	56
<i>Johannes-H. Meyer</i> H.V. Gregersen: „Plattysk i Sønderjylland“	68
<i>Gerhard Beier</i> „Da siehe du selber zu!“	74
Umschau ab Seite 83	

PETER HOPP, geb. 5. 7.1941 in Dahme/Ostholstein, 1961 Abitur am Max-Planck-Gymnasium in Kiel, nach 15 Monaten Wehrdienst Ende 1962 Beginn des Studiums in Kiel, 1966—67 zwei Semester in Paris, 1967—69 wieder Studium in Kiel, 1969—70 Staatsexamen in Geschichte, Französisch und Dänisch. Ab 1970 Doktorand als Schüler von Prof. Dr. Alexander Scharff, 1970—71 Doktorandenstipendium, seit 1971 Lehrbeauftragter am Historischen Seminar der Universität Kiel: Dänisch für Historiker. Verheiratet, ein Kind. Interessengebiete: Schleswig-Holsteinische und nordische Geschichte (Schwerpunkt: Dänemark), dänische und französische Literatur.

LORENZ RERUP, geb. 1928, studierte Geschichte in Kopenhagen, 1963—1966 Bibliotheksleiter in Flensburg (Dansk Centralbibliothek), 1966 Amanuensis, 1968 Lektor an der Universität Aarhus, 1972 Professor an der Universität Roskilde.

PAUL KOOPMANN, geb. 8. Dez. 1911 in Sonderburg; Studiendirektor i.R.; Studium der Geschichte, Geographie und Philosophie in Innsbruck, Kopenhagen und Kiel; Dr. phil. 1937; Wehrdienst in Dänemark 1939/40; Kriegsteilnehmer auf deutscher Seite 1940—1945; Leiter der Nach- und Volkshochschule Tingleff von 1952 bis 1973; Amtratsmitglied (Kreistag) von 1954 bis 1970.

JOHANNES-HINRICH MEYER, geboren in Frankfurt a. d. Oder, entstammt einem alten schleswig-holsteinischen Geschlecht. Besuch des Alten Gymnasiums in Flensburg. Abitur 1940. Schwerkriegsbeschädigter im Zweiten Weltkrieg, Studium der Geschichte, u. a. Minderheitenfragen (Straßburg, Graz, Innsbruck), danach der Rechtswissenschaft. Zweites Staatsexamen 1951. Ab 1953 Richter (Amtsgericht Flensburg).

GERHARD BEIER, geb. 1937 in Flensburg, Promotion 1966 in Kiel, anschließend Schulungsleiter der IG Druck und Papier, danach Bundestutor für politische Bildung beim Deutschen Volkshochschul-Verband, z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter. Veröffentlichungen zur Sozialgeschichte und zur politischen Bildung.

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich.

Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich.

Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40.

Geschäftsstelle: Husum, Osterende 46

Druck: Severin Schmidt GmbH & Co., Graphische Werke, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

AUS DEM „RUF ZUR SAMMLUNG“ (1921)

Die Abstimmungen in Nordschleswig sind gewesen, ihre Ergebnisse gehören der Geschichte an. Sie haben stattgefunden nach den Vorschriften des Friedensvertrages und dürfen trotz wesentlicher Mängel, welche eben diese Vorschriften mit sich brachten, als Äußerungen des Willens der Dänen und der Deutschen in Nordschleswig darüber anzusehen sein, wie sie ihr Schicksal in Zukunft gestalten wollen. Sache der beteiligten Staaten und der beiden in Nordschleswig nebeneinander wohnenden Völker ist es nun, sich mit dem Ergebnis abzufinden und den Weg in die Zukunft zu suchen. Die Völker werden diese Aufgabe zu erfüllen haben, indem sie dauernd die Wahrung und vollständige Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes ins Auge fassen und Verhältnisse schaffen, in denen den berechtigten Interessen der Deutschen und den wirklich gut begründeten Ansprüchen der Dänen Rechnung getragen wird.

*

Wer sich diesen Gedanken anschließt, der wird mit Genugtuung feststellen, daß hier im Lande ein neuer Verband entstanden ist, der nichts zu tun hat mit den verschiedenen Kampforganisationen der Vergangenheit, es ist der „Grenzbund - Bund für deutsch-dänische Verständigung“.

*

Der Grenzbund ist bestrebt, in allen Fragen, die den beiden Nachbarvölkern gemeinsam sind, eine unmittelbare Verständigung zwischen dem deutschen und dem dänischen Volke anzubahnen und herbeizuführen.

Der Grenzbund steht auf dem Boden des Selbstbestimmungsrechts der Völker und verlangt, daß Streitigkeiten zwischen Nachbarvölkern auf friedlichem Wege zwischen den Völkern selbst ausgetragen werden ohne Anwendung militärischer Gewalt und ohne Vergewaltigung und unlautere Beeinflussung der Bevölkerung,

über deren Wohl und Wehe entschieden wird.

Daher kämpft er auch gegen jede Form der Verhetzung der deutsch-dänischen Grenzbevölkerung, von welcher Seite sie auch kommen möge.

Er betrachtet es als seine erste Aufgabe, für den gegenseitigen Schutz der nationalen Minderheiten südlich und nördlich der neuen Grenze mit allen Kräften einzutreten. Dänen wie Deutsche sollen in der Pflege ihrer völkischen Kultur und Eigenart ungehindert sein.

Als seine weitere Aufgabe erblickt er, die erneute, durch die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles herbeigeführte Spannung zwischen den beiden Völkern und Kulturen zu beseitigen.

Der Grenzbund fördert alle Bestrebungen, die dazu dienen, hüben wie drüben Verständnis für die wirtschaftliche, kulturelle und geistige Arbeit der Völker zu wecken und zum befruchtenden Austausch der einander seelisch nahe Verwandten anzuregen.

Insonderheit wird der Grenzbund auch dafür eintreten, daß zwischen Deutschland und Dänemark eine enge Verständigung über die Regelung des Grenz- und Zollverkehrs getroffen wird, um die unnatürliche, beiden Völkern schädliche wirtschaftliche Absperrung voneinander aufzuheben. Er wird in Schrift und Rede aufklärend wirken und die nötigen Vorarbeiten einleiten, um zum Segen beider Völker eine deutsch-dänische Wirtschaftsgemeinschaft herbeizuführen.

*

Wenn wir mit diesem Aufruf an die Öffentlichkeit treten, so geschieht es, weil wir die Tausende zur Mitarbeit aufrufen wollen, welche des alten Haders müde sind und gerechten Sinnes dem Deutschen geben wollen, was ihm zusteht, und dem Dänen, was ihm gebührt, weil wir der Überzeugung sind, daß nur auf diesem Wege neue Treibereien zum Völkerhaß verhindert werden können, und weil wir endlich mit ihnen der Hoffnung leben, daß es möglich ist, auf dieser Grundlage besser, als es die Arbeit der Internationalen Kommission vermochte, ein gesundes Kulturleben im Sonnenschein von Friede und Freiheit, von Verträglichkeit und nationalem Wettstreit in edler Kulturarbeit zu sichern.

*Friedrich Bauer (*1885 †1975)*

Initiator des „Grenzbundes“

und Verfasser des „Rufes zur Sammlung“

LORENZ RERUP

Die nationalen Minderheiten und ihre legitimen Ansprüche an den Herbergsstaat

Der Verfasser dieser Seiten ist gebürtiger Flensburger und den älteren Lesern der Grenzfriedenshefte bekannt als Mitglied des Front-og-Bro-Kreises, der bei der Entspannung des Grenzkampfes in den fünfziger Jahren eine Rolle gespielt hat. Er ist jetzt Professor (Gesellschaftswissenschaft/Geschichte) an der Universität Roskilde.

Das Nachstehende ist das Resümee eines Vortrages, der vor kurzem in der Flensburger Donnerstagsgesellschaft von 1949 gehalten wurde. Der Verfasser möchte seine Ausführungen als eine vorläufiger Skizze aufgefaßt wissen.

Minderheitenprobleme, besonders die Probleme der friedfertigen Minderheiten, wecken keine besondere Aufmerksamkeit — anders stellt es sich, wenn Bomben krachen oder ein veritabler Kleinkrieg einen solchen Umfang annimmt, daß jedenfalls die Symptome einiger Minderheitenprobleme den Weg in die Massenmedien finden.

Minderheitenprobleme sind erstaunlich vielfältig und weitgreifend

Auch rein quantitativ spielen sie eine nicht zu unterschätzende Rolle. So soll es allein in Westeuropa etwa 80 nationale oder ethnische Minderheiten mit zusammen ungefähr 35 Millionen Menschen geben. Es handelt sich hier natürlich nicht nur um nationale Grenzminoritäten von der Art, wie wir sie in Nord- und Südschleswig kennen, sondern auch um nicht mehr souveräne Nationen wie die Schotten, ursprüngliche Urbewohner wie die Walliser und die Bretonen, gleichgestellte Staatsvölker wie die Flamen und Wallonen, die Finnen und Finlandschweden, um die verschiedenen Sprachgruppen der Schweiz und um die deutschsprechenden, französisch gesinnten Elsässer.

Nur sehr wenige der Staaten Europas sind mononational. Selbst der scheinbar eindeutig nationale dänische Staat — in alter Zeit ein multinationaler Gesamtstaat — beherbergt nicht nur die deutsche Minderheit, sondern auch das färöische Volk und die Grönländer (das dänische Minderheitenproblem der Zukunft); aber ist der Reigen damit abgeschlossen?

Es leben beispielsweise in Grönland etwa 40 000 dort geborene Menschen und etwa 8000, die nicht dort geboren sind: also eine Art dänische Minderheit? Aber dann leben auch etwa 2000 Grönländer in Dänemark, die meisten in der Ausbildung begriffen, aber auch Ansässige. Ähnliches gilt für die Fälinger. Dazu

kommt, daß es seit Jahrhunderten eine jüdische Minderheit in Dänemark gibt; und wie soll man die im Lande verbliebenen Gastarbeiter unserer Großeltern charakterisieren: die polnischen Saisonarbeiter? Werden nicht auch die *heutigen* Gastarbeiter Spuren auf der ethnischen und religiösen Europakarte hinterlassen? Minderheitenprobleme sind gewiß vielfältig und weitgreifend und entspringen bei weitem nicht ausschließlich nationalstaatlichen Gegensätzlichkeiten. Auch scheinbar eindeutig nationale Staaten haben Minderheitenprobleme, von denen einige vielleicht nur als soziale Probleme registriert werden. Und wir haben uns doch nur an Westeuropa gehalten, während es doch selbstverständlich ist, daß eine unüberschaubare Menge von Minderheitenproblemen in den Kontinenten aufgetaucht sind und auftauchen werden, wo während der letzten Jahrzehnte viele Staaten in den künstlich gezogenen Grenzen der Kolonialzeit entstanden sind. Staaten, in denen der nationale Prozeß sich noch in statu nascendi befindet. Menschen, die in einer Region leben, in der die Minderheitenproblematik eine gewisse Abgeklärtheit erreicht hat, sollten eine besondere Verpflichtung gegenüber all diesen Problemen haben, den übersehenen, den noch nicht erkannten, den kaum noch entstandenen. Im schleswigschen Grenzland hat sich aus schwer errungenen Erfahrungen, den Anstrengungen vieler über viele Jahre hinweg und unterstützt von guten Konjunkturen, ein Verhältnis zu den Minderheiten entwickelt, das wohl exemplarisch benannt werden darf — obschon die Aufgabe dadurch sehr erleichtert wurde, daß die Unterschiede zwischen den Minderheiten und den Mehrheiten von sehr begrenztem Ausmaß waren und sind. Wir haben bekanntlich weder ethnische noch starke religiöse oder soziale Differenzen.

Was ist eigentlich eine nationale Minderheit?

Teils gibt es nationale Gruppen in einem Herbergstaat, aber ohne Staatsnation (z.B. Walliser, Bretonen, Friesen, Färingler).

Teils bestehen nationale Gruppen, die außerhalb ihrer Staatsnation leben (z. B. die Südtiroler, unsere schleswigschen Grenzminoritäten).

Daneben gibt es Minoritäten, die gleichzeitig auch Staatsträger sind (z. B. die Finlandschweden, die Wallonen).

Verwandt hiermit dürften die Probleme der multinationalen Staaten (wie der Schweiz) sein.

Man findet auch Minoritäten ohne Staatsnation und verteilt auf verschiedene Staaten (die Samen, die Basken).

Endlich gibt es Minoritäten mit einer aus verschiedenen Gründen besonderen Problematik: die Zigeuner und die Juden.

In der Diskussion über die Möglichkeiten, den Begriff der nationalen Minorität zu definieren, haben sowohl subjektive als auch objektive Kriterien eine Rolle

gespielt. Die *objektiven* Kriterien sind die höchst verschiedenartigen Qualitäten, die für eine Minderheit charakteristisch sein können, so daß die Mitglieder im Hinblick auf eine oder mehrere solcher Qualitäten von der umgebenden Mehrheit abweichen. Einige dieser Qualitäten sind mehr oder weniger beobachtbar (z. B. Rasse/Abstammung, Siedlung in bestimmten Gebieten, unter gewissen Umständen auch Sprache, Religion, Gewerbe, Lebensgewohnheiten), andere sind nicht unmittelbar erkennbar (Sprache in mehrsprachigen Bevölkerungen, Kulturauffassungen, Haltungen). Den objektiven Qualitäten gemeinsam ist jedoch, daß sie in irgendeiner Mischung, die nach Zeit, Ort und übrigen Umständen sehr verschieden sein kann, Ausgangspunkte für eine externe Charakteristik einer Minderheit sein könnten. Wobei unbedingt eingeschoben werden muß, daß eine solche externe Charakteristik sich in der Praxis fast immer als eine hoffnungslose Aufgabe erweisen wird, weil die Mitglieder einer Minderheit in verschiedenem Maße von den spezifischen Qualitäten geprägt sind und weil diese auch bei Mitgliedern der Mehrheit Vorkommen können. — Hier soll nur an die für Außenstehende beinahe unverständlichen sprachlichen Verhältnisse in unserem eigenen Grenzgebiet erinnert werden.

Dagegen sind die *subjektiven* Kriterien leichter zu handhaben. Sie legen Gewicht darauf, daß die Mitglieder einer Gruppe sich dessen bewußt sind, daß sie Angehörige einer bestimmten Gruppe sind und sich mit dieser identifizieren. Ein integratives Sonderbewußtsein ist wohl geradezu das Kennzeichen des nationalen Bewußtseins. Es handelt sich hier nicht nur um das Wissen, einer bestimmten Gruppe anzugehören, sondern auch um eine Identifikation mit dieser, z. B. als Teilhaber an gemeinsamen Haltungen.

Zu beiden Definitionstypen gehört — das zeigt u. a. ein Teil der Diskussion über die Neudänen in den ersten Nachkriegsjahren in Südschleswig — ein Quantum Stabilität. Man setzt voraus, daß es sich um stabile Gruppenbildungen handelt, obschon Minderheiten im Laufe der Jahre wachsen oder dahinschwinden können. Beide Definitionstypen müssen meiner Meinung nach als eine Einheit aufgefaßt werden, als zwei Seiten derselben Sache, wenn es aus praktischen Gründen auch notwendig sein kann, mit nur einer dieser Definitionen zu arbeiten. Es steht, das sei noch einmal gesagt, außer jeder Diskussion, daß man im schleswigschen Raum — wo so gut wie kein objektives Kriterium eindeutig in Anwendung gebracht werden kann, in der Praxis — d. h. sowohl von den Herbergstaaten wie auch von den Minderheiten aus — nur mit dem subjektiven Kriterium arbeiten kann. Das hat ja auch eine deutliche und schöne Formulierung in der Erklärung der Landesregierung von Schleswig-Holstein von 1949 gefunden: „Das Bekenntnis zum dänischen Volkstum und zur dänischen Kultur ist frei. Es darf von Amts wegen nicht bestritten oder nachgeprüft werden.“

Es ist jedoch auch evident, daß dieses subjektive Bekenntnis (das

Gesinnungskriterium) in Relation zu einem Objekt steht — in casu: das dänische Volkstum, die dänische Kultur —, auch wenn dieses Objekt schwer zu beobachten ist und sicher auch divergierend aufgefaßt wird. Schließlich erscheint es mir auch einleuchtend, daß dieses Bekenntnis, die subjektive Identifikation, sich auch äußern wird in einem Anspruch auf spezifische *objektive* Lebens- und Kulturformen. Das freie Bekenntnis zu einer Minderheit kann also aufgefaßt werden als eine Einleitung zu einer Fortsetzung, die etwa so lautet: deshalb wünschen wir diese und jene Rechte.

Hier möchte ich eine Frage einschieben, die vielleicht etwas überraschend wirkt, aber imstande zu sein scheint, das Problem der legitimen Ansprüche einer Minderheit zu erhellen.

Weshalb ist es notwendig, daß Minderheiten Ansprüche an ihren Herbergstaat stellen?

Die Antwort ist recht einfach: Weil die Herbergstaaten von der Mehrheit geprägt sind. Wenn diese Fragestellung sich gerade in modernen, hochentwickelten Gesellschaften aufdrängt, dann geschieht das deshalb, weil diese Staaten sich in weitaus größerem Maße als in älterer Zeit selbst in Kleinigkeiten des Lebens ihrer Bürger einmischen und es beeinflussen. Gehen wir hier nur in unserer eigenen Region hundert Jahre zurück. Die einzelne Familie hatte weitaus größere Möglichkeiten als heute, ihr Heim, ihren Hof in eine Kulturregion zu verwandeln, die sich gegen gewisse Einflüsse der Umgebung abriegeln konnte. Obwohl auch in dieser Zeit die Schulpflicht und der Militärdienst dem Staat und der Gesellschaft Beeinflussungsmöglichkeiten gaben. Einzelheiten einer geschichtlichen Betrachtung sollen hier nicht angeführt werden, ich möchte nur unterstreichen, daß wenn auch der Minderheitenschutz als völkerrechtliche Erscheinung älter als der Nationalstaat ist, so bekommt er doch einen anderen Inhalt — nicht nur mit dem Durchbruch des Nationalstaates im 19. Jahrhundert, sondern allgemeiner in Verbindung mit der Entwicklung des modernen, auf die aktive Teilnahme der Bürger am Staatsleben fundierten Staates. Vor dieser Entwicklung war der Minderheitenschutz auf die religiöse Sphäre begrenzt, sowohl nach innen (die Juden, die Hugenotten) als nach außen (die Kapitulationen seit 1535 zwischen dem türkischen Sultan und den christlichen Staaten). Er hatte im gewissen Sinne den Charakter einer Exemption. Die Veränderung, die im 19. Jahrhundert vorging, kann kaum präziser beschrieben werden als mit den Worten Georg Elers (im Wörterbuch des Völkerrechts, Bd. II, 1961):

„Das Minderheitenproblem in modernen staatsrechtlichen Sinne entwickelte sich parallel zu der Ausdehnung der generalisierenden Normierungsansprüche des modernen Verwaltungsstaates auf immer weitere Bereiche des menschlichen Lebens ... Als im 19. Jahrhundert der Staat immer umfassender die Verwaltung

der kulturellen und sozialen Aufgaben mit Zielrichtungen übernahm, die dem gleichzeitig einsetzenden Nationalgedanken entsprachen, wurde die Abwehr der sprachlichen und nationalen Minderheiten aktuell.“

Auch dieser Gesichtspunkt kann weiter ausgebaut werden. Die Staaten des 19. Jahrhunderts waren sehr verschieden, man findet u. a. deutliche Unterschiede in der Struktur und im Inhalt der nationalen Ideologien zwischen Nationen, in denen Volk und Staat seit langem eine Einheit ausmachten (wie in Frankreich) und Nationen, wo die nationale Ideologie unter den staatsbildenden Faktoren auftrat (wie in Italien und Deutschland). Bemerkenswert ist auch, daß das obige Zitat wohl die „Ausdehnung der generalisierenden Normierungsansprüche“ unterstreicht, aber nicht ganz die Problematik der nationalen „Zielrichtungen“ erschöpft. Denn ein großer Teil der Minderheitenprobleme entspringt der Tatsache, daß die patriotischen Untertanen älterer Staatsformen — „um so zufriedener da, wo, wie in unserem dänischen Staate, die Könige mit väterlicher Sorgfalt die Gleichheit aller ihrer Unterthanen vor dem Gesetze handhabten“ (Christian Paulsen, 1832) — sich zu politisch aktiven Bürgern entwickelten, wodurch die ganze Einrichtung des Staates — auch abgesehen von bewußt nationalen Zielsetzungen — von den Normen und Vorstellungen der Mehrheit, oder der tonangebenden Kreise der Mehrheit, geprägt wurde.

Die aufgeworfene Frage muß also so beantwortet werden: Nationale Minderheiten müssen gewisse Rechte zugesichert bekommen, weil sie in den modernen, in wesentliche Lebenssphären eingreifenden Staaten nur Minderheiten sind, d. h. außerstande sind, sich dagegen zu wehren, daß die Mehrheit sich ein Staatsgebäude nach eigenem Geschmack errichtet. Da die staatlichen Institutionen und Zielsetzungen auch selbst einen integrativen Charakter haben, werden sie dazu neigen, die Existenz der Minderheiten zu bedrohen. Entweder werden ungeschützte Minderheiten direkt assimiliert werden oder über den Umweg eines Akkulturationsprozesses in der Mehrheit aufgehen.

Natürlich können die Ansprüche der Minderheiten auf einen Schutz nicht isoliert von einer Reihe realer politischer Verhältnisse betrachtet werden. Minderheiten können mehr oder weniger in ihrer Existenz bedroht sein: das internationale Klima, das Verhältnis zwischen Mutterland und Herbergstaat spielen eine wichtige Rolle. Einige Minderheiten kompromittierten sich gründlich in der Zwischenkriegszeit; die Folge war ein Tiefpunkt des Minderheitenrechts gleich nach dem Abschluß des Zweiten Weltkrieges. Millionen verloren ihre Heimat in der größten Völkerwanderung Europas. In den letzten Jahrzehnten sind die Minderheiten jedoch wieder respektabel geworden. Wurden sie gleichzeitig auch anspruchsvoller?

Welche legitimen Ansprüche können Minderheiten an ihre Herbergstaaten

stellen?

Zunächst etwas über den Begriff des Legitimen. Ich möchte mich hier eng an den bekannten französischen Politologen M. Duverger anlehnen, der für legitim erklärt, was den vorherrschenden Doktrinen einer Periode entspricht. Es ist ganz klar, daß der Begriff der Legitimität dem Wandel der Zeiten unterworfen ist. Niemand wird sich vorstellen, daß die deutschen Bauern in Angeln in den Jahren zwischen den schleswigschen Kriegen, die dänischen Nordschleswiger in der Preußenzeit, die dänischen Südschleswiger in der Weimarer Republik mit gleicher Legitimität Ansprüche an ihren jeweiligen Herbergstaat stellen könnten wie z. B. Heimdeutsche und dänische Südschleswiger Anno 1975. Was legitim ist, wechselt. Sicher gibt es eine Reihe von allgemeinen Ansprüchen, aber ich fürchte, daß sie darauf zurückzuführen sind, daß man sich in ganz groben Zügen in verwandten geistigen Zusammenhängen bewegt. Beispielsweise war in allen angeführten Fällen das Heimatrecht unbestritten; die Vertreibungen in der Folge des letzten Krieges haben jedoch gezeigt, daß es durchaus nicht selbstverständlich ist.

Der Minderheitenanspruch, der heute, jedenfalls in unserem Grenzland und im skandinavischen Raum, eine ganz eindeutige Legitimität besitzt, ist der nach einer Sicherung der fortwährenden Existenz der Minderheit. Das ist durchaus nicht zwingend. So haben bis in die letzte Nachkriegszeit hinein auch vernünftige Leute von der Assimilierung der Minderheiten als etwas Wünschenswerterem gesprochen und durch entsprechende Maßnahmen versucht, dieses Ziel so oder so zu erreichen — manchmal verband sich auch eine echte liberale Haltung gegenüber einer aktuellen Minderheitengeneration mit dem Wunsch, kommenden Generationen den Übergang zum Volkstum und Gruppenbewußtsein des Herbergstaates möglichst zu erleichtern.

Worauf fußt diese Forderung nach einer Sicherung der fortwährenden Existenz der Minderheit?

Sie hat zunächst einmal — wie schon erwähnt — gewisse realpolitische Voraussetzungen und ist sodann ideologisch verankert, teils im Prinzip der Demokratie und der Menschenrechte, teils im Nationalitätenprinzip, das mit dem der Demokratie eng verbunden ist.

Die Sicherung einer Minderheit wird im Bereich des Staates durch Rechtsregeln festgelegt, welche die Benachteiligung der Minderheitenmitglieder verbieten, ihnen gewisse Sonderrechte einräumen und eventuell der Minderheit als Gesamtheit mehr oder weniger Autonomie zugestehen. Was in dieser Verbindung an Einzelheiten in einer konkreten Minderheitssituation legitimer Anspruch ist, soll hier nicht erörtert werden, aber wird natürlich von verschiedenen Umständen abhängen.

Eine imponierende Liste von Minderheitenansprüchen liegt in den Hauptgrundsätzen eines Volksgruppenrechts vor, das vom 17. Kongreß der Föderalistischen Union europäischer Volksgruppen 1967 in Apenrade verabschiedet wurde. Diese Hauptgrundsätze sind im großen und ganzen Variationen über das Thema: Wie sichern wir die Existenz einer Minderheit? Der 6. Hauptgrundsatz drückt dies wörtlich aus:

„Jede nationale Minderheit bzw. Volksgruppe hat ein unverletzliches und unveräußerliches Recht auf Schutz, Erhaltung und Entwicklung ihrer Eigenart.“ Mich hat besonders der 12. und letzte Hauptgrundsatz angezogen, weil er auf Gebiete hinweist, in denen der Staat schwerlich Alleinherrscher ist. Er lautet: „Die Staaten und die Staaten-Zusammenschlüsse haben die wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, daß die Angehörigen der nationalen Minderheiten bzw. Volksgruppen in ihrer engeren Heimat Arbeit finden können und nicht gezwungen sind, um eines ausreichenden Lebensunterhaltes willen in andere Gebiete desselben Staates abzuwandern. Auch darf die wirtschaftliche Entwicklung und Industrialisierung nicht dazu benutzt werden, den Siedlungsraum einer nationalen Minderheit bzw. Volksgruppe durch andersnationale Arbeitskräfte zu überfremden.“

Ich sehe hier ein doppeltes Problem. Zum ersten: ‚die Staaten sollen gestalten‘ — oder negativ ausgedrückt: ‚die wirtschaftliche Entwicklung darf nicht dazu benutzt werdend Hier ist also die Rede von den Möglichkeiten, die dem Staat zur Verfügung stehen, um durch eine Veränderung der sozio-ökonomischen Struktur die Verhältnisse einer Minderheit zu beeinflussen. Eine hochinteressante und sicher wichtige Erweiterung der Minderheitenrechte. Zum anderen: Wird aber nicht gerade hier auf Gebiete hingewiesen, die jedenfalls zum Teil außerhalb des Einflußbereichs des Staates liegen?

Nehmen wir z. B. die aktuelle Frage der Mechanisierung und Rationalisierung der Landwirtschaft. Seit dem nationalen Erwachen in Nordschleswig hat die landwirtschaftliche Bevölkerung eine entscheidende Rolle gespielt, zunächst in der Preußenzeit als unerschütterliches Rückgrat der dänischen Nordschleswiger, in den Jahrzehnten danach als Hauptstütze der Heimdeutschen. Was der genannte Hauptgrundsatz berührt, ist beispielsweise die nationale Bodenpolitik im Grenzraum. Dieser möchte er entgentreten. Aber wie verhält es sich mit den modernen Strukturveränderungen in der Landwirtschaft, die das flache Land entvölkern? Wie steht es mit der gleichzeitigen Industrialisierung des nord-schleswigschen Raumes, die gründlich und schnell die sozio-ökonomische Struktur verändert? Beeinflußt es etwa nicht eine Minderheit, daß junge Landleute Industriearbeiter werden und im Laufe der Jahre das Bedürfnis entwickeln können, sich mit ihren Arbeitskameraden zu solidarisieren?

Hier scheint eine „natürliche“ Bedrohung einer Minderheit vorzuliegen, wobei

„natürlich“ bedeutet, daß die Bedrohung gar nicht einer bewußten staatlichen Assimilationspolitik entspringt, sondern einfach dem Druck der umgebenden Gesellschaft, verstärkt durch Veränderungen der sozio-ökonomischen Struktur. Wir können sicher eine Reihe von ähnlichen natürlichen Bedrohungen ausmachen (z. B. den Einfluß der Massenmedien), wo durchaus kein böser Wille vorliegt, unbeabsichtigte Folgeerscheinungen aber die Minderheiten bedrücken. Ich zweifle, daß irgendwelche Rechtsregeln die Minderheiten in diesen Fällen schützen können. Eine mögliche Hilfe könnte es sein, wenn der Herbergstaat ein Interesse darin sieht, seine Minderheiten nicht nur aktuell zu befriedigen, sondern über Generationen hinweg zu erhalten. In der Tat finden sich Ansätze dieser Denkweise in unserem Grenzraum. Dr. Hartwig Schlegelberger schreibt im d + d-Taschenbuch Nr. 4 „Der europäische Aufbruch“ (1969):

„Ist einmal die Minderheit in dem Volk des Herbergstaates aufgegangen, ist ihr Lebensprozeß für immer abgeschlossen. Es gibt keine Wiedergeburt! Darum sollte schon aus allgemeinen gesellschaftspolitischen Gründen alles getan werden, die Minderheiten in ihrer Lebensfähigkeit und in ihrem Lebenswillen zu erhalten. Hier ist der Punkt, wo die Grenze von staatspolitischer und gesellschaftspolitischer Problematik durchlässig wird. Vor allen Dingen brauchen wir aber für unser künftiges Europa ein Modell, das die betroffenen Völker im Süden und Osten überzeugt, nämlich das auf der Grundlage des Vertrauens und des gegenseitigen Respektes ein glückliches Zusammenleben verschiedener Kulturnationen im gleichen Raum möglich ist. Nur so werden künftig die Grenzen innerhalb Europas auf die Bedeutung von Ordnungslinien zurückgeführt werden können. Nur so wird es möglich sein, auch durch die Grenzen hindurch Europa transparent zu machen.“

Minderheiten- oder Mehrheitenansprüche, die sich auf den Boden dieser Gedankengänge stellen, würden — wenn diese Gedankengänge eine vorherrschende Doktrin werden könnten — eine ganz neue Legitimität erhalten, die auf einer Art von geistigem Umweltschutz fußt, einem Interesse der Mehrheit an der Erhaltung der Minderheit.

Aus dem Briefe eines deutschen Nordschleswigers
an die Redaktion der Grenzfriedenshefte

Wie kompliziert unsere Situation ist, mag folgende Bemerkung verdeutlichen: Nach dem Vortrag von Fritz René Allemann in Tingleff anlässlich des Deutschen Tages 1974 sagte jemand zu mir u.a.: was Allemann sagte, weiß ich nicht mehr, aber wie er es sagte, das klingt

mir noch im Ohr. Diese Sprache, dieser Wortschatz, seine Art, es zu sagen — einfach sagenhaft. Ich könnte stundenlang zuhören.“ Sehen Sie, das ist eben Nordschleswig. Für diesen Zuhörer genügt allein die Sprache, um sich zu bekennen. Andere Nordschleswiger haben ganz andere Bezugspunkte. Alles zusammen macht die deutsche Volksgruppe aus, aber das einzelne Mitglied sucht sich das für ihn Fassende und Zutreffende heraus. Kurzum: Mein Deutschsein ist anders als das Deutschsein eines anderen Mitgliedes der Volksgruppe. Das gilt um so mehr, je jünger man ist. Überhaupt spielt die Altersstruktur der Volksgruppenmitglieder eine große Rolle: Wir haben Mitglieder, die noch den Kaiser erinnern können, und andere denken allzuerst an die „goldenen zwanziger Jahre“ zurück. Eine Generation ist in den dreißiger Jahren groß geworden und eine in den Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit. Schließlich kommt dann noch die jüngere und die heutige Generation dazu. Für alle muß Platz sein in der Volksgruppe. Alle müssen „Bezugspunkte“ finden können. Betrachten wir die aufgezählten „Erlebnisepochen“, kann man sich nicht mehr über die fast schon inflationäre Identitätsdiskussion wundern. Damit müssen wir leben. Alle Epochen haben auf das Deutschtum der deutschen Nordschleswiger einen starken Einfluß. Ich finde Gefallen an Ihrem Begriff vom „Gruppenbild“. Es ist möglich und es wäre auch reizvoll, einmal dieses Gruppenbild aufzunehmen — zu analysieren. Mit dem oben erwähnten Faktor der Erlebnisepochen habe ich etwas aus dem Gruppenbild erwähnt, andere müßten hinzukommen. Peter Iwer Johannsen meint im gleichen Heft, daß es einen Sinn hat, sich zu bekennen, weil es schlechthin zur politischen Haltung bei uns gehört. Richtig! In diesem Zusammenhang soll aber erwähnt werden, daß zum Gruppenbild des jüngeren Nordschleswigers gehört, daß er sich differenziert bekennt, d. h. er kann ohne weiteres sich zur Volksgruppe bekennen und gleichzeitig einer dänischen Partei seine Stimme geben oder einem dänischen Verein angehören, ja sogar seine Kinder in die dänische Schule schicken. Symptomatisch für die jüngere Generation scheint die größere politische Flexibilität zu sein. — Sehen Sie, das Gruppenbild der Volksgruppe wird äußerst farbenprächtig.

Freundliche Grüße
Philipp Iwersen, Tingleff (Dänemark)

Heimatgeschichte im Strome der Zeit

Nachstehend bringen wir im Wortlaut den Vortrag, den Dr. Paul Koopmann auf der Tagung der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig am 31. Aug. 1974 unter obigem Thema in Sankelmark gehalten hat. An ihm wird zum einen deutlich, wie sich die geistige und politische Atmosphäre in der Bundesrepublik jenseits der Grenze in den Reihen der deutschen Volksgruppe widerspiegelt, und zum anderen wird man feststellen, daß sich inzwischen das gesellschaftliche „Klima“ in der Bundesrepublik verändert hat und wahrscheinlich auch Paul Koopmann zu einem differenzierteren Urteil kommen ließe. Er selbst sagt ja an einer Stelle, daß er „in wenigen kräftigen und vielleicht zu stark vergrößerten Strichen ein Bild der geistigen Auseinandersetzung in der jungen Generation gezeichnet hat und ihm sicherlich vorgehalten werde, daß er zu sehr vereinfache“. Die Red.

I

Als Dr. Hanno Schmidt, ein Jahr nach der deutschen Kapitulation das „Flensburger Tageblatt“ übernahm, schrieb er in seinem ersten Leitartikel, daß dem „Volk der Heimat die eigene, freie Zeitung wiedergegeben sei“. Das Tageblatt müsse zur „Zeitung der Heimat“ — so die Überschrift — werden und darum zunächst seinen Standort festlegen. Wie es äußerlich um die Flensburger bestellt sei, spüre jeder am eigenen Leibe. „Nein“, fährt er fort, „unsere Frage richtet sich auf die innere Lage unseres Volkes. Wir wollen uns nichts vormachen, noch wogt es chaotisch in den Köpfen der Deutschen, noch sehen viele weder Auswege noch Ziele, geraten manche auf Abwege, die dem Einsichtigen unverständlich sind.“ Und als ihn ein junger Mensch, der ganz der Totalität des nationalsozialistischen Anspruchs ausgeliefert gewesen war, fragt, woran er glauben solle, antwortet er: „An sich selbst sollen Sie glauben, an die Ihnen verliehenen Kräfte, an Ihren Mut, ein scheinbar hoffnungsloses Werk doch noch zu einem glücklichen Ende zu führen ...“

Ich habe Ihnen dieses erschütternde Bild aus unserer Heimat, aber aus einer Zeit vor fast dreißig Jahren, vor Augen führen wollen, um Ihnen etwas von der Tiefe und dem Wert der mir gestellten Frage: Warum noch Heimatgeschichte? gleich anfangs aufzeigen zu können.

Weitverbreitet ist die Ansicht, daß Heimatkunde zu betreiben ein alter Zopf sei; viele Politiker und vor allem viele Intellektuelle meinen das. Sie beziehen sogar das Nationale und alle damit zusammenhängenden Werte in ihr abweichendes gesellschaftspolitisches Konzept ein.

Wie dem auch sei, wir müssen uns über eines klar sein: Wenn Dr. Hanno Schmidt 1946 für die Situation der Deutschen eindringliche Worte fand und an die eigene Persönlichkeit appellierte, so hat er damals nur allzu klar unsere äußerst gefährvolle geistige Lage umrissen. Denn — was kam?: der „Fragebogen“ der

Siegermächte, die Phase der Reedukation eines ganzen Volkes. Eine wahrhaft deprimierende Lage, die selbstverschuldet war. Daran schloß sich die vorsichtige geistige Restaurationsperiode unter Konrad Adenauer. In diesen zwanzig Jahren wurden durchgreifende geistige Reformen unterlassen — ich denke dabei vor allem an die bildungspolitischen Probleme und an die Fragen zur Bewältigung der Vergangenheit. Sie wurden nur unzureichend erörtert, geschweige denn gelöst oder durchgeführt. Erst in der Ära Willy Brandt setzte ein geistiger Wandel ein, der durch den Kanzlerwechsel nicht beendet zu sein braucht und es trotz des stärker pragmatisch orientierten, „bürgerlich“ anmutenden Helmut Schmidt bestimmt nicht ist; dieser geistige Umbruch wird sich als „geistige Hochflut“ noch besondere Akzente setzen. Ich möchte sogar glauben, daß dieser geistige Durchbruch — er mußte sich als Reaktion auf die Adenauersche bürgerliche Restaurationszeit geradezu als ein Dambruch vollziehen — noch einmal alles in Frage stellt, was sich seit dem Ersten Weltkrieg, seit 1914 also, an Problemen vor den deutschen Menschen auftürmt.

II

Was uns seit der Kapitulationszeit besonders tangiert, ist die Krisenhaftigkeit unserer geistigen Situation auch heute. Damals sanken wir auf den absoluten geistigen Nullpunkt ab, heute stürmt auf die Deutschen mit Vehemenz eine kompakte, wenn auch zerstrittene Linke ein, die die Forderung nach Systemveränderung erhebt. In beiden Fällen, damals und heute — entscheidende Anzeichen einer geistigen Krise.

Wir haben uns daher zu fragen: Wie verhalten wir uns als Nordschleswiger?

Die Antwort kann nur eine doppelte sein: Als Deutsche Nordschleswigs erkennen wir, daß unsere Heimat ein integrierter Teil Dänemarks ist, und daraus ergibt sich ganz einfach, daß wir uns als Deutsche gegenüber den Dänen zu profilieren haben. Zum andern aber sind wir vollgültige Deutsche — auch wenn wir einen anderen Paß haben — und haben das Recht, in allen jenen Dingen des deutschen Gesellschaftslebens mitzureden, wo dem nicht gerade klar umrissene staatsbürgerliche Pflichten entgegenstehen.

Der Leiter des NDR-Studios in Flensburg, Rolf Wecken, hat einmal die Aussage gewagt, daß sich im Grenzland in den nächsten Jahrzehnten größere Veränderungen als in den verflossenen fünfzig Jahren zeigen werden. Man darf dem sicherlich zustimmen. Wir müssen schlechthin erkennen, daß sich in der nachwachsenden Generation Tendenzen abzeichnen, die dem Nationalen, wenn wir es als ein besonderes Charakteristikum des Grenzlandes ansehen wollen, abhold und abträglich sind. Der *Grenzkampf* wird als Form der nationalen Auseinandersetzung mehr und mehr in den Hintergrund treten. Die künftigen

Wahlen werden für die Volksgruppe den Charakter eines Plebiszits einbüßen. Auch der Bodenkampf — charakteristisch für Nordschleswig, aber nicht für Südschleswig — wird nicht mehr wie bisher im Mittelpunkt zwischen Deutsch und Dänisch stehen. Alle Verhältnisse, die ehemals zu nationalistischen Konfrontationen geführt haben, werden demokratisiert. Dieser neue Stil beginnt sich schon nachhaltig auf dem musischen und künstlerischen Sektor zu zeigen: Ich denke dabei an gemeinsam durchgeführte Kunstausstellungen und an das Theater- und Musikleben, wo es heute schon eine Stilfrage ist, die Oratorien der Nordschleswigschen Musikvereinigung oder die Konzerte des Sønderjyllands Symfoniorkesters oder des Nordmark-Sinfonieorchesters zu besuchen. Auch die Deutsch-Dänischen Tage wären zu nennen. Hier klingen bewußt neue Töne an, die mit dem alten Grenzkampf nichts mehr zu tun haben.

Auf anderen Gebieten mag es noch voreilig sein, Prognosen zu stellen. Aber es kann doch nicht übersehen werden, daß auf dem zum sozialen Sektor zu zählenden Gebiet der Kindergärten heute schon andere Tendenzen spürbar sind als auf dem der Schule, der für das Grenzland zum speziellen nationalen Zankapfel wurde.

Nur auf eines möchte ich mit allem Nachdruck hinweisen: Wenn wir von unserm Grenzland sprechen, so sind wir es seit 1920 gewohnt gewesen, nur an Nordschleswig zu denken, an jenes Gebiet des alten Herzogtums Schleswig, in dem die plattdänische Mundart vorherrscht. Wir sollten heute mit Bedacht darauf achten, den gesamten Raum von der Königsau bis zur Eider als Grenzland zu verstehen. Gerade als Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft müßten wir uns verstärkt um die gesamtschleswigschen Zusammenhänge bemühen. Wir sollten nicht von uns aus dort eine Grenze — eine volkliche Grenze — setzen, auch wenn sie Landesgrenze ist, wo viele sie aus einer gewissen geistigen Nachlässigkeit markieren. Der Grund ist meistens in mangelndem Wissen zu suchen, aber auch in der Tatsache zu sehen, daß es gewissen Kreisen nicht opportun erscheint, sich mit der Vokabel „volksdeutsch“ zu belasten. Diese Frage erhält durch die gerade jetzt im deutschen Raum entbrannte Debatte über die Ausdrücke BRD bzw. Bundesrepublik Deutschland und das dadurch entstandene Dilemma, was eigentlich das Deutsche noch für einen Wert besitzt, eine besonders prekäre Zuspitzung. Es sieht fast danach aus, als wenn etwas in der Bundesrepublik in eine „unstable Balance“ geraten ist, das mit einem gesunden Volksgefühl kaum in Einklang zu bringen ist.

Man mag aus diesen wenigen Ausführungen erkennen, daß heute in das Historische gewollt oder ungewollt immer etwas Politisches hineinzufließen droht, weil irgendwie immer noch eine „unbewältigte Vergangenheit“ auftaucht. Mit ihr aber haben wir zu leben, können uns dagegen nicht einmal recht zur Wehr setzen, da diese Akzente weniger von unsern dänischen Nachbarn als von

Bundesdeutschen gesetzt werden.

Hier aber haben wir Festigkeit zu zeigen, oder anders ausgedrückt: Hier haben wir auf das hinzuweisen, was uns als besonderes Prädikat gerade in jenen Jahren zugewachsen ist, als wir am stärksten zu leiden hatten. Wenn man von der Minderheit als von der „Insel der Treue“ sprach, so ist das nicht einfach ein Attribut, das uns in den Jahren 1946/47 angeheftet wurde und das heute, fast eine Generation später, nach Meinung einiger unzulänglich informierter Zeitgenossen in die „historische Gedächtnishalle“ entrückt werden könnte. Hier haben wir jene Festigkeit zu beweisen, die dann unabdingbar werden kann, wenn wir den tieferen Sinn dessen erfassen, was 1947 zur „Insel der Treue“ führte.

Die Standhaftigkeit der Deutschen vor der Grenze hat damals ungewollt jene Reaktion bei den Dänen herausgefordert, die darin gipfelte, zu erkennen, daß man auch dänischerseits an der Grenze nicht rüttelte. Wenn in den Kapitulationsjahren neben dem Außenminister Christmas Möller² und den führenden Sozialdemokraten auch die Radikalen³ und besonders profilierte dänische Nordschleswiger sich gegen eine Grenzverschiebung aussprachen, dann hat das Stehvermögen der deutschen Volksgruppe hierzu erheblich beigetragen. „Als wir 1920 innerhalb unserer Grenzen 25 000 Deutsche zugesprochen erhielten, haben diese uns viel Kopfzerbrechen bereitet; es sei daher sehr gefährlich, nach der Kapitulation 200 000 bis 300 000 Südschleswiger in Dänemark einzuverleiben“, erklärte das radikale Mitglied des Befreiungskabinetts, der Unterrichtsminister A. M. Hansen, im September 1945 in Kopenhagen. Der damals entbrannte Streit über Christmas Möllers Satz: „Die Grenze liegt fest!“ scheint mir nach näheren Untersuchungen in einem neuen Licht zu erscheinen. Schon vor der Kapitulation haben Kreise der Widerstandsbewegung sich energisch für ein weitgehendes Engagement in Südschleswig eingesetzt und darauf zielstrebig hingearbeitet. Das ist heute so gut wie unbekannt. Daß diesen Kreisen eine „spontane“ Volksbewegung in Südschleswig in Richtung Dänemark willkommen sein mußte, um eine entsprechende Aktion zu starten, liegt auf der Hand. Gegen diese Bestrebungen scheint die These von der festliegenden Grenze auch, wenn nicht sogar vornehmlich, gerichtet gewesen zu sein.

In diesem Spiel um die Grenze hat die Vitalität der Volksgruppe eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. So hat die deutsche Minderheit damals fundamental zur Befriedung des Grenzlandes beigetragen. So verstanden haben die Worte des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der SPD im Landtag, Kurt Hamer, bei der Einweihung der Fördeschule in Gravenstein am 27. April 1974 an die Nordschleswiger, sich unbeschwert als Deutsche in Dänemark zu betrachten und sich nicht in nationalen Zweifeln zu ergehen, einen erfreulich aufmunternden Sinn. Denn weder an der Identität der Heimdeutschen noch an dem Wert der Existenz der Volksgruppe für die Sicherung der Grenze bestehen Zweifel. Wäre sie nicht

mehr da, würde die Grenze gefährdet erscheinen, und es ergäbe sich ein labiler Zustand. Stabile Verhältnisse in der gesamten Grenzregion aber erfordern lebensfähige Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Erst gemeinsam bilden beide Volksgruppen einen realen Grenzschutz. Nur auf diesem Gleichgewichtsverhältnis beruhend, erscheinen die Minderheitenerklärungen von Bonn und Kopenhagen vom 28. März 1955 als stabilisierender Faktor für das deutsch-dänische Verhältnis. Daher muß man diese Minderheitenerklärungen zugleich als die „Magna Charta“ der beiden Volksgruppen betrachten und sie als wesentlichen Bestandteil der gesamten Grenzregion hinstellen. Denn zum ersten Male wurden in diesen Erklärungen neben den allgemeinen demokratischen Grundrechten auch die besonderen kulturellen und religiösen Kontakte über die Grenze genannt und legalisiert. Wegen ihrer beispielhaften besonderen Form — als Erklärung von Regierung und Parlament ihren jeweiligen Minderheiten gegenüber — stellen sie ein staatsrechtliches Novum dar.

Die Minderheitenerklärungen haben einwandfrei funktioniert. Sie sind nun zwanzig Jahre alt. Eine neue Generation tritt in die Verantwortung, völlig neuartige Verhältnisse haben sich entwickelt, so daß es mir nicht unbillig erscheinen möchte, daß die Minderheitenerklärungen zu einer Durchleuchtung und etwaigen Weiterentwicklung auffordern. Es gibt praktische Probleme, z.B. die Frage des Eigentumserwerbs im Grenzland und die Probleme der grenzüberschreitenden Pendler, die neu zu durchleuchten wären, und andere Fragen, die durch den Beitritt Dänemarks in die Europäische Gemeinschaft entstanden sind. Vordringlich wäre auch die Frage der Minderheitenvertretung in den Parlamenten zu erörtern. Denn die Profilierung des Grenzlandes gerade auf der parlamentarischen Ebene durch die Minderheiten ist stets der beste Garant gegen eine zu starke Zentralisierung, die sich heute in allen Administrationen und Regierungen fast naturhaft entwickelt.

Heute geht es also darum, die Partner zu einer Haltung der Toleranz zu motivieren. Dafür läßt sich ein nicht unwichtiger Zug aus unserer Vergangenheit anführen. Ich meine damit die sogenannte „Klosterpolitik“. Als das siegreiche Dänemark in der Zeit von 1851 bis 1864 Mittelschleswig — man sprach dort noch plattdänisch — durch eine repressive Kirchen- und Schulpolitik danisieren wollte, wandte man sich nicht nur von deutscher Seite erbittert gegen diese Maßnahme. In Lügumkloster protestierten einige dänische Grundtvigianer ebenfalls, auch wenn sie damals kaum Gehör fanden. Aber der führende Kopf, der Lehrer und spätere Freigemeindepastor von Rödning, Cornelius Appel, Vater von Jakob Appel, dem dänischen Unterrichtsminister von 1920, entwickelte aus einem schleswigschen Heimatgefühl die Auffassung, daß man die volle sprachliche und kulturelle Freiheit auch dem andern Part gewähren müsse. Das ist der Kern der „Klosterpolitik“. Sie wäre eine Randerscheinung geblieben, wenn sie sich nicht der bei

Minderheitengesetzgebung für Schule und Kirche durch den Sohn Jakob Appel 1920 durchsetzen konnte. So wurde es Appel möglich, mit der bisherigen intoleranten, nur dem historischen Rechtsstandpunkt verpflichteten dänischen Kulturlinie zu brechen. Diese neue Linie hat die dänische Minderheitenpolitik unter den wechselnden Regierungen bis zur Kapitulation bestimmt.

Ich habe vor einiger Zeit im Grenzfriedensheft 1/1974 zur Frage der Programmatik unserer Volksgruppe, so meine ich, mit Recht betonen können, daß die dänische Regierung bis zur Besetzung 1940 eine kluge und liberale Schulpolitik führte, ohne dabei an Gesicht zu verlieren. Im Gegenteil, indem man die Linie der „Klosterbrüder“ 1920 wieder aufnahm und sie bis 1945 fortsetzte, erschien man geradezu als vorbildlich. Wie falsch die durch Regenburg und Tillisch⁴ inspirierte Kulturpolitik zwischen 1851 und 1864 motiviert war, wird durch das Gesetz vom 2. Mai 1855 besonders deutlich, das als das dänische Freischulgesetz meinem Vater die Gründung der deutschen Privatschulen nach 1920 ermöglichte. Wenn der Geist dieses Gesetzes von 1855 — er entsprach dem Geist der „Klosterbrüder“ nach kultureller Selbstbestimmung — nicht nur in Dänemark, sondern auch gleichzeitig im Herzogtum Schleswig gegolten hätte, wer weiß, wie es heute im gesamten Grenzraum aussehen würde. Ich formuliere deshalb so deutlich, weil ich dabei den geistigen Erdrutsch von 1945 in Südschleswig bewußt im Auge habe.

Auch auf dänischer Seite hat man sich eingehend mit der von Axel Henningsens formulierten „Zweiströmigkeit“ befaßt, und wir wissen inzwischen nur zu sehr, wieviel „letzte Schleswiger“ oder „Urschleswiger“ das Licht der Welt erblickt haben oder noch erblicken werden. Dabei spielt hierbei das Heimatgefühl eine dominierende Rolle: auf dänisch „Hjemstavn“, der Heimstaven, womit das Wohnhaus gemeint ist. Wir haben in unserer hektischen Welt gerade für diese ethymologische Erklärung — als dem Ort, wo man fest wohnt — besondere Aufmerksamkeit aufzubringen. Stehen wir doch heute einer Welt von Flüchtlingen und Gastarbeitern mit äußerst schwachem Heimatbezug gegenüber. Wir brauchen aber vielfach nur unsern eigenen Nachwuchs danach zu fragen und erleben in dieser Hinsicht seltsamste Bekenntnisse: Heim, Heimat, Volk, Nation sind bei sehr vielen von ihnen — wenn diese Werte nicht ganz abgelehnt werden — allem Anschein nach doch oft zu reinen Lippenbekenntnissen degradiert worden.

Ich habe vor wenigen Wochen in diesem Hause einen Ordentlichen Professor der Geschichte einer bundesdeutschen Universität nach seinem Nationalgefühl befragt — zugegen waren viele Skandinavier. Seine Antwort, daß er sich nicht sonderlich als Deutscher fühle und z.B. ebensogut in der angelsächsischen Welt leben könne, war schon erstaunlich. Eine andere These von ihm klang noch verwunderlicher: Er bestritt, daß es wesentlich Gemeinsames zwischen

Ostpreußen und Schwaben oder zwischen Bayern und Hamburgern geben könne. Sie hätten praktisch keine gemeinsame Geschichte und Tradition. Es war darum nicht ganz zufällig, daß mir von den Skandinaviern Beifall gespendet wurde, als ich ihm erklärte, daß er mit einer solchen Einstellung zum Nationalen auf jeden Fall im Norden wenig Verständnis finden würde.

III

Wenn die Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft über ihre eigene Zielsetzung Rechenschaft ablegen will, dann muß sie ihren Standort im heutigen Zeitgeschehen bestimmen. Da wir eine deutsche Volksgruppe sind, ist es klar, daß wir uns in dieser Frage vordringlich mit dem geistigen Geschehen in der Bundesrepublik auseinandersetzen haben. Was uns vor allen Dingen bedrücken könnte, wäre die Feststellung — allerdings nur von uns selber kritisch getroffen —, daß wir unzeitgemäß seien. Diese Möglichkeit ist immer bei einer irgendwie doch isolierten Gruppe, wie es die unsere ist, gegeben; darum habe ich in meinen Darlegungen gerade auf eine solche Problematik einzugehen. Lassen Sie mich mit einem etwas ungewöhnlichen, aber doch recht plausiblen Vergleich beginnen:

Ich habe mich in letzter Zeit mit Tagebüchern und Aufzeichnungen aus dem Beginn des vorigen Jahrhunderts beschäftigt. Es ist die Zeit vor den Eisenbahnen, es ist noch die Zeit der gemütlich dahinrollenden Postkutschen. Damals war unsere Heimat von der Sicht der Bewältigung des Raumes her ein ganz ansehnliches Territorium. Es gab noch keinen Telegraphen, kein Telephon — um damit auch auf die geistigen Aspekte hinzuweisen, den Raum und seine Menschen zu aktivieren, zu motivieren. Alles vollzog sich noch äußerst gemächlich. Und so war das Herzogtum Schleswig damals noch eine echte Tagesreise groß. Man möge das heute vergleichsweise nur auf das Auto übertragen. Warum ich das anführe? Weil ein wesentliches Merkmal unserer heutigen Welt und damit unserer psychischen Existenz die nicht zu leugnende Mobilität und Hektik unserer Gesellschaft ist. Alle Dimensionen waren damals anders und viel einfacher bezogen. Die industrielle Entwicklung steckte vor 150 Jahren erst in ihren Anfängen. Der Schwerpunkt der Politik konnte nur in den derzeit legitimierten Akteuren gesucht werden: außenpolitisch bei den Fürsten oder Diktatoren, innenpolitisch bei den mit dem Souverän um die Macht ringenden Ständen. So schälte sich damals als neuer Faktor die Nation heraus. Nationalen Fragen mußte daher zwangsläufig ein anderer Rang als heute zubilligt werden. Das wird noch klarer, wenn wir uns über die Gesellschaftsstruktur Klarheit verschaffen. Als Beispiel: 1801 gab es im eigentlichen Dänemark 925 680 Einwohner, davon in Kopenhagen 100 975, in den übrigen 73 Städten 89 917 (!) und in den Landdistrikten 734 788 Menschen; in Prozenten ausgedrückt waren es

in Kopenhagen 11 %, in den übrigen Städten 10 % und in den Landbezirken 79 %. Die Verhältnisse in Deutschland waren wohl etwas anders, aber keineswegs grundsätzlich. Denn in allen Städten, auch in Deutschland, prägten landstädtische Lebensstrukturen auch die damalige Stadt. Die alles überschattende Grundstruktur war also die bäuerliche. Eine klare städtische Emanzipation setzte tatsächlich erst mit der Industrialisierung ein. Unsere heutige pluralistische Gesellschaft ist auf jeden Fall keine bäuerliche Gesellschaft mehr, wie sie es um 1820 noch ganz eindeutig war.

Ich habe diese Überlegungen deshalb angestellt, um Ihnen nahezubringen, daß unsere Heimat in ihren geistig-soziologischen Aspekten heute arg geschrumpft und strukturell einem gewaltigen Wandel unterworfen ist. Wir dürfen es deshalb unserm Nachwuchs nicht anlasten, daß die Jugend wandern will, wenn sie flügge geworden ist. Dieses Phänomen ist für beide Minderheiten von erheblicher, ja existentieller Bedeutung. Ich habe über diese Motivation der jungen Generation einen bedeutsamen Beitrag von Gerhard Beier im Grenzfriedensheft 2/74 gefunden. Der gebürtige Flensburger, heute im Taunus lebend, schildert in seinem Beitrag „Vom Nationalbürgertum zur Humanität“ die Existenznot der Generation, die zwischen 1925 und 1945 geboren wurde. Er zeichnet den Weg vieler ihm bekannter Flensburger und bringt erstaunliche Belege für ihren globalen Wandertrieb:

„Aus den jungen Leuten eines überfüllten Landstrichs, aus den ‚Kindern der Provinz‘ wurde eine weitläufige Generation. Auf den Stimulus der Eingegrenztheit folgte ein Response der oikumenischen Perigese. So würde es jedenfalls einer der beiden Professoren auf Hawaii in seiner griechisch-angelsächsischen Wahlterminologie ausdrücken. Nur eines werden sie alle nicht tun: Es gibt für diese Flensburger keinen Weg nach Flensburg oder Schleswig oder Husum zurück. Dabei hat sich diese Jugend damals weitgehend mit dem Nationalitätenkampf, dem Kampf um Flensburg nach der Kapitulation identifiziert.“

Ich glaube, daß wir für weite Teile unserer eigenen Jugend dieselben Reaktionen annehmen dürfen. Auf die nationalistische Überhitzung durch den Nationalsozialismus folgten die Niederlage, die sie umgebende feindselige Umwelt und dann die Berufsnot unserer Jugend. Daß sie daher auswandert, darf nicht überraschen. Daß sie nationales Denken anders bewertet, als wir es taten oder tun, darf uns nicht ungerecht gegen sie werden lassen. Für unsern Nachwuchs aber mögen andere Maßstäbe als für jenen von mir apostrophierten Professor gelten.

Es ist unsagbar schwer — erst recht, wenn man im Ausland lebt —, mit seiner nationalen Vergangenheit abrechnen zu müssen. Aber die Nation quasi hinwegzukatapultieren, meine ich, geht über jedes vertretbare Maß hinaus. Der Verzicht auf Reichsdenken darf nicht in einer Selbstaufgabe des deutschen

Volksbegriffs zugunsten eines hessischen, niedersächsischen oder schwäbischen Territorialprinzips gipfeln. Darum ist unsere Gegenwart so gefährlich, als sich zur Zeit ein besonders scharfer Generationenzwist mit einer von der jungen Generation übernommenen geistigen Krise in eklatanter Weise zu einer ausufernden Bewegung steigert. Gelangen in ihr wirklich alle bisher verpflichtenden Werte ins Stahlbad der Läuterung? — so die Jugend. Und was geschieht? Der Bruch mit der Geschichte, mit den überlieferten Werten einer untergehenden, bäuerlich dominierten abendländischen Kultur — wir können dies alles unter dem Begriff der Tradition subsumieren —, erzeugt dann jene Welt von den verschiedensten neomarxistischen, maoistischen, leninistischen Ideologien, die heute in ganz spezifischen Kreisen der Jugend gang und gäbe sind. Wir stehen hier vor einem recht eigenartigen geistigen Phänomen.

Gegen die Restaurationsperiode, die doch starke pragmatische Züge enthielt — symbolisch für sie Adenauers „Keine Experimente!“ —, tritt eine begrifflicher Weise unzufriedene junge Generation an, die diese Restauration als unzeitgemäß ablehnt. Das ist um so richtiger, als die ältere Generation in überaus vielen deutschen Familien die nationalsozialistische Phase verdrängen möchte. Daher war ein gärender Aufbruch zu erwarten. Daß er dann in einer theoretischen, neomarxistischen Form erfolgte, war nicht zwingend notwendig, kann aber auch nicht als überraschend gekennzeichnet werden. Denn wenn sich das bürgerliche Deutschland nicht zu einer tiefgreifenden geistigen Analyse der deutschen Situation aufrufen konnte, war es den progressiven Kräften der Linken natürlich willkommen, in ein unbestelltes Leerfeld hineinzustoßen und nach sogenannter Basisarbeit eine Gruppe von Intellektuellen zu produzieren, die nunmehr solidarisch für ihren utopischen Linksradikalismus kämpft. Es ist für die deutsche Situation bezeichnend, daß Männer wie Adorno, Marcuse und Horkheimer als geistiges Mittelmaß ausreichend waren, um einen solchen Durchbruch zu bewerkstelligen. Ihr Eklektizismus ist nun wirklich nicht der Art, daß sich daran eine begeisterungsfähige Jugend aufzurichten brauchte.

Doch wie war es derzeit beim Nationalsozialismus? Noch dürrtiger. Nur der Typus des Jugendlichen ist heute ein anderer. Er stellt in seiner wenig gepflegten und zum Teil leistungsverneinenden Art geistig keine Ansprüche. Er ist kategorisch nur in der Absage an alle restaurativen und bürgerlichen Werte, mögen sie aus der Geschichte oder der Religion stammen oder den menschlichen Ordnungen bis hin zur Familie und Ehe zugrunde liegen. Alles soll in Frage gestellt werden, alles soll von den bürgerlich-kapitalistischen Zwängen befreit werden. Nur, was werden soll, darauf weiß keiner eine Antwort. So manövriert sich eine Bewegung, die in ihrer Unterströmung von einem harten Egoismus bestimmt ist, in eine fast ausweglose Situation hinein. Alle Appelle an die Werte der Gemeinschaft, der Kameradschaft verhalten ergebnislos.

Diese bindungsfreie Egozentrik ist auch bei uns in Nordschleswig zu spüren. Notwendige oder unumgängliche Bindungen an Haus- und Schulgemeinschaften werden nur auf Geldbasis bezogen und bewertet. Alles erscheint versachlicht. Denn nur so meinen die Systemveränderer ihre utopische Egalität erreichen zu können. Solidarität? — Man kann nur zweifeln!

In einer solchen Welt dieser Jugendlichen, die keine Autorität anerkennen wollen, sich keinem Leistungswillen unterwerfen möchten, haben alle Werte der Tradition keinen Platz. Nichts hat mir die geistige Leere dieser Gruppen deutlicher werden lassen als der Besuch der Kunstaussstellung der Documenta IV vor zwei Jahren in Kassel. Was da an Nichtigkeiten, geradezu an Perversitäten gezeigt wurde, grenzt ans Unglaubliche. Man kann diesen „Künstlern“, die sich dort als Prototypen ihrer Geistesrichtung anboten, glauben, daß sie sich als Ausgebeutete vorkamen. Es fragt sich nur: Wer ist hier der Ausbeuter? Wer hat diese Jugend in ihr freiwillig intellektuelles Proletarierdasein verwiesen? Sollen wir durch sie eine geistige Nabelschau bei uns introduzieren, wie sie in Indien zum täglichen Elend gehört, hier aber zu einem geistigen Kult erhoben wird? Soll die Gleichheit über eine so niedrige und primitive Stufe als Typus einer neuen Gesellschaft Eingang finden? — Gefährlich ist diese Entwicklung dennoch. Sie schafft ein künstliches Proletariat, das nichts zu verlieren hat und nur auf seinen Messias wartet.

IV

Ich habe in wenigen kräftigen und vielleicht zu stark vergrößerten Strichen ein Bild der geistigen Auseinandersetzung in der jungen Generation gezeichnet. Mir wird sicherlich vorgehalten werden, daß ich zu sehr vereinfache. Andere werden einwenden, daß es auch noch eine andere Jugend gibt. Diese Vorwürfe muß ich ertragen, weil sonst keine echte Aussage mehr gemacht werden kann. Alles mag relativierter oder differenzierter gesagt werden, nur um zu erreichen, daß praktischen Schlüssen von klärendem Inhalt vorgebeugt wird. Das gehört mit zur Taktik dieser „kritischen“ Minderheiten, die auf Systemveränderung drängen. Systemveränderung ist aber nur eine andere Vokabel für Revolution. Wenn ich jetzt zu meinem Auftrag zurückkehre und über das unverfängliche Thema, warum wir Heimatkunde treiben, einige abschließende Sätze formuliere, dann muß ich zunächst feststellen, daß ich Ihnen sicherlich recht Unerwartetes vorgetragen habe. Ich habe Ihnen keine heile Welt geschildert. Die gibt es nicht mehr. Wir stehen notwendigerweise — ohne Vorwurf gegenüber der Jugend — in einer Zeit der echten Strukturveränderung. Sie vollzieht sich tagtäglich. Die bürgerliche Welt gleitet unaufhaltsam in eine von der Technik funktionalistisch gestaltete Welt hinein. Sie haben wir zu akzeptieren. Ob sie sozialistisch wird? — Wir wissen es nicht. Aber wir haben uns mit dem Zeitgeist ernst und gründlich

auseinanderzusetzen.

Bei meinem Ausscheiden aus der Arbeit der Nach- und Volkshochschule Tingleff habe ich gesagt, daß ich für unsern Raum genau den Zeitpunkt nennen und die Menschen bezeichnen kann, als die sogenannte „kritische Masse“ — die Menschen mit umstürzlerischen Gedanken — in Gestalt einer Gruppe von Jugendlichen den Beginn einer solchen Entwicklung einleitete. Es sind fast ausschließlich Menschen mit einem gestörten Milieuverhältnis; in allen Fällen sind es labile Naturen. Die gab es freilich immer, aber heute spielen sie eine vordergründige Rolle. Dazu ein Beispiel aus einer hinter uns liegenden Zeit. Vor Jahren habe ich eine Analyse darüber angestellt, wer oder welche Gruppen von Familien zum festen Kern unserer Gemeinschaft gehören. Dabei habe ich die erstaunliche Feststellung machen dürfen, daß die ruhigen, fast unauffälligen Menschen und ihre Familien die zuverlässigsten sind, deren Kinder auch heute zu uns gehören, daß uns aber die Kinder der ehemals 150prozentigen in den meisten Fällen den Rücken gekehrt haben. Das heißt für unsere heutige Zeit, daß man die Schrift an der Wand beachten möge! Wir dürfen also wohl fragen: Geht mit uns eine Zeit zu Ende?

Zu dem Zwecke darf ich Sie noch einmal auf Dr. Hanno Schmidts Leitartikel aufmerksam machen, als er inmitten des damaligen Chaos an die Heimat, an das Überschaubare appellierte und auf die eigenen Kräfte in einer verworrenen Zeit aufmerksam machte. Gerade diese Werte halte ich auch in unserer heutigen Zeit für wesentlich. Sie gelten für alle Klassen. Und die Zukunft? Nicht daß man Lichtblicke am Horizont ausmachen kann. Ich glaube auch, daß entscheidende liberale und nicht nur konservierende Kräfte zum Zuge kommen müssen, aber eine chaotische Zustände herbeiführende Systemveränderung sehe ich nicht heraufziehen. Dazu lebt unsere Zeit zu schnell, verändert sie sich unaufhörlich, und dazu sind die linken Ideologien zu durchschaubar. Es gibt schon hinter der Jugend der Systemveränderer eine andere, sogar jüngere Generation, die auch Zeichen setzen will, aber andere als jene. Wenn ich eindringlich vor jenen Propheten warne, die Tradition und Heimatgeschichte, die alle Leistungen ihrer Vorfahren durch den Fleischwolf ihrer Politologie drehen wollen, dann trägt mich der Glaube, daß die Zeit der reinen Ideologien durch eine unbeirrbar ruhige Arbeit überwunden werden kann. Soviel lehrt doch die Geschichte, daß die Schritte des Fortschritts immer kleinster Art sind und die menschliche Entwicklung niemals mit Siebenmeilenstiefeln fortschreitet.

Dadurch, daß die Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft so viel zusammengetragen hat und die Volksgruppe durch sie nunmehr ein geistiges Profil erlangt, ragt sie über die kleinliche Diskussion des Alltags hinaus. Wir sollten unbeirrt auf unserm Weg weitergehen, aber uns um den Nachwuchs in den eigenen Reihen bemühen.

- 1 Dr. Hanno Schmidt (1893—1972), Chefredakteur und Grenzlandpolitiker.
 - 2 Christmas Möller (1894—1948), konservativer Politiker, Widerstandskämpfer und Außenminister im sogen. „Befreiungskabinett“.
 - 3 Die Radikale Venstre ist eine sozialliberale Partei, die sich 1905 von der Venstre löste und eine strikte Neutralitätspolitik vertrat; Zeitung „Politiken“ ihr Organ.
 - 4 F. F. Tillisch war von 1851 als a. o. Regierungskommissar im Herzogtum Schleswig eingesetzt. Ihm zur Seite stand Th. A. J. Regenburt, Departementschef, der die Spracheskripte durchzusetzen sich bemühte. Beide waren gebürtige Schleswiger.
 - 5 Axel Henningsen (1883—1972), langjähriger Leiter der Heimvolkshochschule Rendsburg. Henningsen bezeichnete sich selbst als „zweiströmig“; doch hat nicht er, sondern Pastor Braren, Hoyer, das Wort von der Zweiströmigkeit geprägt.
-

PASTOR JOHANNES CARL SCHMIDT-WODDER

Geboren 9.6.1869 in Tondern/Nordschleswig, gestorben 13.11.1959 in Petersholm pr. Törsbüll (Tørsbøl) / Nordschleswig.

1888 bis 1894 Theologiestudium in Leipzig, Greifswald und Kiel. Besonders in Greifswald aktives Mitglied im „Verein Deutscher Studenten“. Nach Wehrdienst (Berlin) und Predigerseminar (Hadersleben) von 1896 bis 1920 Pastor in der Gemeinde Wodder/Nordschleswig. 1909 beteiligt am Pastorenverein und Hauptbegründer des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ — Organ des Friedensvereins: „Stimmen aus Nordschleswig“ und „Nordschleswig“. 1918 bis 1920 Mitarbeit für den „Deutschen Ausschuß“, nach den Abstimmungen seit 1920 bis 1939 einziger Folketingsabgeordneter der deutschen Minderheit in Nordschleswig. Entscheidend beteiligt an allen politischen und kulturellen Organisationen der Minderheit nach 1920 — besonders am Schleswigschen Wählerverein, der politischen Organisation der deutschen Nordschleswiger.

Unter anderem 1927 Mitbegründer von „Nation und Staat“ (Deutsche Zeitschrift für das europäische Minoritätenproblem). Veröffentlichungen in vielen — besonders deutsch-nordschleswigschen — Zeitschriften und Zeitungen. 1934 Gründung der „Deutschen Front“, 1935 Übereinkommen mit Dr. Möllers NSDAPN (National-Sozialistische Deutsche Arbeiter-Partei Nordschleswig). Seit 1939 Privatmann — dennoch resolutes Eintreten für die deutsche Minderheit (Vorträge, Artikel und Bücher). Nach dem Zweiten Weltkrieg: Einsatz für die Inhaftierten der Minderheit und für deutschfreundliche Dänen, später: Aufsehen durch seine Aussage in der sogenannten „Rostock-Affäre“.

Zahlreiche deutsche Ehrungen — die wichtigste: 1921 Ehrendoktor der Theologischen Fakultät der Universität Kiel.

Ein Forschungsbericht

Pastor Johannes Schmidt-Wodder (1869-1959)

Wer sich mit der Geschichte des schleswigschen Grenzraumes in unserem Jahrhundert ernsthaft beschäftigt, wird Pastor Johs. Schmidt-Wodder nicht übergehen können, der die deutsche Minderheit von 1920 bis 1939 im dänischen Folketing vertrat. — Auf Anregung von Prof. Dr. Alexander Scharff, dem die deutsch-dänischen (nordischen) Beziehungen ein besonderes Anliegen sind, arbeitet der Verfasser dieses „Forschungsberichtes“ seit einiger Zeit an einer Dissertation über Schmidt-Wodders Beziehungen zum Norden Europas.

Schmidt-Wodder und der Grenzfriedensbund

Dem Leser der Grenzfriedenshefte dürfte Schmidt-Wodder kein Unbekannter sein; denn wiederholt wurde er in diesen Heften behandelt. Die Gründe hierfür sind zweifellos bei den *persönlichen* Beziehungen zu suchen, die zwischen dem ehemaligen Geschäftsführenden Vorsitzenden des Grenzfriedensbundes, Detlef Hansen, und Schmidt-Wodder in den zwanziger Jahren während Hansens Zeit als Leiter der Dithmarscher Landesschule in Lunden bestanden. Hansen bewunderte den Schmidt-Wodder des „Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ (Grenzfriedenshefte 2/1955, S.15ff.). Im Heft 3/1954 hat Hansen zum Friedensverein auf S. 42 formuliert: „Pastor Schmidt verlangte Gerechtigkeit für alle preußischen Staatsbürger dänischer Gesinnung, Freiheit für ihre Kultur- und Sprachpflege und Abstandnahme von allen schikanösen Polizeimaßnahmen, die die Gesinnung beeinflussen sollten.“

In der Gründungsphase des Grenzfriedensbundes wandte Detlef Hansen sich direkt an Schmidt-Wodder, wobei Hansen betonte (Brief vom 10. 5.1950), daß der neue Grenzfriedensbund „in vollem Bewußtsein der Verpflichtung Ihnen gegenüber“ an Schmidts Friedensverein von 1909 anknüpfen sollte. Obwohl Schmidt dem Grenzfriedensbund insgesamt abweisend gegenüberstand, hielt Detlef Hansen an dem inneren Zusammenhang zwischen Friedensverein und Grenzfriedensbund fest: „Sehr verehrter Herr Pastor, Sie haben verschiedentlich Ihre Bedenken gegenüber meinen Grenzfriedensbetrachtungen geäußert, und ich bin Ihnen dafür dankbar gewesen, denn Sie zeigten mir, daß ich verschiedenes zu sagen unterlassen hatte, was für das Verstehen unserer Arbeit notwendig war. An Ihrem 85. Geburtstag darf ich Ihnen aber doch zum Ausdruck bringen, daß der Grund zu dieser Grenzfriedensarbeit gelegt wurde durch Ihre ‚Stimme aus Nordschleswig‘, die ich in den jungen [?] Jahren meiner Lehrerzeit auf Alsen las, und daß er gefestigt worden ist durch alles, was ich nach 1920 von Ihnen

mitnehmen durfte.“ (Brief vom 8. 6.1954.) In diesem Brief hob Hansen weiter hervor, daß Schmidt ihm „den Glauben an die innere Kraft des deutschen Volkes“ gegeben habe, d.h. auch: Gerechtigkeit gegenüber dänischer (nordschleswigscher) Art.

Als positiven Beitrag zu einer nationalen Entspannung im Grenzland wertete auch der deutsch-nordschleswigsche Bauer und Dichter Hans Schmidt-Gorsblock, selbst ein jahrelanger „Mitkämpfer“ Schmidts, die damalige Grenzarbeit des Friedensvereins. (Grenzfriedenshefte 1/1959, S. 20 ff.) Im Heft 1/1970, S.13ff. erfolgte aber durch Richard Schenck eine klare Distanzierung des Grenzfriedensbundes von Schmidt-Wodders „Friedensverein“: Schmidt habe niemals „dem demokratischen Freiheitsideal“ gehuldigt, sondern sei immer „autoritär-konservativ“ gewesen. Wegen dieser Weltanschauung habe letztlich Schmidts Friedensverein gute, d. h. demokratische Chancen verpaßt. Schencks Absage an Schmidt- Wodder geht weit über den Friedensverein hinaus: Obwohl Schmidt im Folketing als Vertreter der deutschen Minderheit „Beachtliches“ erreicht habe, erfolgte weder ein inneres Bekenntnis zur Weimarer Republik (z.B. Kapp-Putsch), noch ein klares Abrücken vom Nationalsozialismus oder eine positive Einstellung zur neuen deutschen Demokratie nach 1945 (u. a. allgemeines Wahlrecht). Zudem habe Schmidt niemals begriffen, „daß die urbanisierte Industriegesellschaft unser Schicksal ist“.

Die Quellenlage zu Schmidt-Wodder

Diese widersprüchliche Deutung der Persönlichkeit Schmidt-Wodders in den Grenzfriedensheften scheint mir keine Ausnahme in der Literatur zu sein. In diesem Zusammenhang sei nur an die Kontroverse zwischen Jörn-Peter Leppien und Harboe Kardel (Zeitschr. d. Gesellsch. f. Schlesw.-Holst. Geschichte 97/1972, S. 275 ff. - Kardels Erwiderung ebenda 98/1973, S. 314 ff., mit Leppiens Antwort ebenda, S. 317ff.) über Kardels Buch: „Fünf Jahrzehnte in Nordschleswig“, Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig 22/1971 (Apenrade), erinnert.

Wenn der Historiker zu einer fundierten Aussage über Schmidt-Wodder kommen will, gilt es zunächst, die Quellen zu Schmidt nach bestem Wissen und Gewissen aufzuspüren und aufzuarbeiten. Dem Historiker kommt hierbei eine wichtige soziale Funktion zu: die der quellenkritischen Darstellung mit relevanter Fragestellung. Das schließt eine engagierte Parteinahme keineswegs aus, sofern mit intellektueller Sachlichkeit und Redlichkeit gearbeitet wird. In diesem Zusammenhang sei unbedingt auf die lesenswerte Arbeit des norwegischen Historikers Ottar Dahl: „Grunntrekk i historieforskningens metodelære“. Universitetsforlaget 1973, 2. Auflage, hingewiesen.

Natürlich sammelt der Historiker nicht „blind“ sein Material: Entscheidend sind die

Fragen, die er an seine Quellen und Literatur stellt. Das Ergebnis einer solchen Arbeit stellt dann keine „ewige Wahrheit“ dar, sondern eben „nur“ eine „richtige“ Aussage, die immer wieder zur Diskussion gestellt wird. Daß das Thema Schmidt-Wodder für ein allgemein angestrebtes besseres deutschdänisches (nordisches) Verhältnis, zu dem der Verfasser sich im demokratischen Sinne bekennt, von einiger politischer Gewichtigkeit ist, sollte in diesem Falle niemals vergessen werden.

Neben dem ideologischen Einwand Leppiens gegenüber Kardels Buch muß vor allem bemängelt werden, daß Kardel die ausgesprochen gute Quellenlage zu Schmidt-Wodder nicht „ausgenutzt“ hat. Schmidts umfangreicher Nachlaß im Landesarchiv Schleswig umfaßt im wesentlichen die Jahre 1920 bis 1945. Durch die von Peter Callesen in Apenrade aufbewahrten Dokumente Schmidts und mit dem Restarchiv auf dem Schmidtschen Familiensitz Petersholm (Nordschleswig) lassen sich die Lücken vor 1920 und nach 1945 gut schließen.

Die 1944 von Peter Callesen, einem engagierten „Schüler“ Schmidt-Wodders, herausgegebene „Bibliographie Schmidt-Wodderscher Veröffentlichungen“ (Apenrade), die allerdings an einigen Stellen zu verbessern und zu ergänzen ist, bietet einen umfangreichen Einstieg in die zahlreichen Publikationen Schmidts. Unbedingt heranzuziehen sind Schmidts Folketingsreden, die in der „Rigsdagstidende“ festgehalten sind. Während man sich bei Zeitungen mit Kommentaren zu Schmidt-Wodder auf gezielte Stichproben beschränken muß, lohnt eine genaue Durchsicht des Friedensverein-Archivs, das die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek in Kiel verwahrt.

Der Weg über die offiziellen Akten der Behörden und politischen Institutionen darf nicht ausgelassen werden — soweit diese zugänglich sind —; denn die Resonanz, die Schmidt z.B. bei den Behörden des Auswärtigen Amtes in Berlin erfuhr, erzählt viel von der politischen Wirkung des nordschleswigschen Minderheitenführers. Dieses gilt besonders für die Zeit nach 1920.

Wer die Quellen zu Schmidt-Wodder kennt, wird zudem verstehen, daß z.B. Karl Alnors Biographie über Schmidt (Neumünster 1929), Schmidts Darstellung „Deutschland gestern und heute“ (Wien-Leipzig 1934) oder sein 1951 in Flensburg erschienener „politischer Werdegang“: „Von Wodder nach Kopenhagen von Deutschland zu Europa“ einen quellengeschichtlichen Hintergrund haben, der zum Verständnis dieser Werke wesentliche Informationen liefert.

Es soll hier nicht in allen Einzelheiten über die Quellenlage zu Schmidt-Wodder berichtet werden: Weitere Quellen- und Literaturinformationen sind bereits im Schleswig-Holsteinischen Biographischen Lexikon, Bd. 3, S. 243 ff. geliefert worden. Äußerst lesenswert bleibt auch im Zusammenhang mit Schmidt-Wodder Troels Finks „Geschichte des schleswigschen Grenzlandes“ (Kopenhagen 1958), zumindestens für die Zeit nach 1920 immer noch die beste schleswigsche

Geschichte. Sollte einmal die Quellenarbeit und die Auswertung der Literatur zu Schmidt-Wodder geleistet sein, könnte sicherlich ein Großteil der politisch-historischen Spekulation über Schmidt-Wodder abgebaut werden. Dann wird man auch nicht mehr von einem „Mythos“ Schmidt-Wodder sprechen können, den man vor allem als Nachholbedarf an sachlicher Information zu Schmidt werten muß.

Einige Bemerkungen zum „konservativen“ Schmidt-Wodder

Daß Schmidt-Wodder als *konservativer* Mann einzuordnen ist, wird in der Literatur immer wieder hervorgehoben und auch durch die Quellen bestätigt. Es sollte aber darüber nachgedacht werden, wie diese konservative Haltung Schmidts im einzelnen aussah und woher sie stammte.

In der Literatur zu Schmidt-Wodder fällt auf, daß eine Beschäftigung mit Schmidt — sieht man u. a. von Alnors Biographie ab — überwiegend „punktuell“ arbeitet und meistens mit der Gründung des Friedensvereins (1909) einsetzt. Unter „punktuell“ verstehe ich: z.B der Schmidt-Wodder des Friedensvereins, der der Abstimmungszeit (1918—1920), der des Kapp-Putsches (Nacht zum 13. 3.1920), der im Folketing, der der Deutschen Front (1934) oder etwa der der „übergläubigen“ nationalsozialistischen Durchhalteartikel von 1944—1945 in der Nordschleswigschen Zeitung. Es ist dabei zu bedenken, daß Schmidt-Wodder „erst“ als Vierzigjähriger die Gründung des Friedensvereins betrieb. Demnach ist zu vermuten, daß seine Weltanschauung sich schon in der Zeit vor 1909 entscheidend entwickelt hatte.

Für das konservative Weltbild Schmidts scheint mir seine — von Alnor kurz gestreifte — Studentenzeit (1888—1894) als engagiertes Mitglied des „Vereins deutscher Studenten“ äußerst wichtig. In Schmidts Archiv stößt man dabei auf eine Reihe zum Teil undatierter und unveröffentlichter Reden und Aufzeichnungen aus dieser Zeit. Das „vaterländische“ Vokabular, für den „Heldenkaiser“ Wilhelm II. immer wieder mobilisiert, weist deutliche Parallelen zu dem Wortschatz auf, den man allgemein als „typisch national (sozialistisch)“ ansieht. Im Zentrum aller Gedanken Schmidts steht die Besinnung auf die „organische deutsche Volksgemeinschaft“, die, gestützt auf Familie und Volk, allen menschlichen Organisationen überzuordnen ist (z.B. Staat, Partei, Kirche). Die Familie bedeutet mehr als etwa die bestimmte Summe von Menschen: Sie ist ein „organisches Ganzes“, ein Hort der Ruhe und Stetigkeit. Als Ausdruck „deutschgermanischer“ Demokratie oder Freiheit basiert sie auf patriarchalischem Vertrauen. Pflicht und Treue sind freiwillige Ketten der Gemeinsamkeit auf „gemeinsamem Boden“, Christentum und Kaisertum feste Säulen dieser „gottgewollten“ Gemeinschaft, die durch Geschichte, Heimat und Blut ihre „heiligen“ Bande hat. Fast zwangsläufig befaßte Schmidt-Wodder sich in dieser Zeit mit deutscher Geschichte. Die Nibelungen, Luther, Fichte, Stein und Scharnhorst z. B. symbolisierten für ihn den

„echten“ Ausdruck „deutscher Volksseele“. Gerade die Freiheitskriege begriff Schmidt als die erlösende Befreiung vom französischen „Despotismus“. Die Ideale der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, wertete er als blutigen Umsturz, Gleichmacherei und Knechtschaft.

Doch trotz seiner unbedingten Bejahung des wilhelminisch selbstbewußten Deutschlands hatte Schmidt nicht jedes Gefühl für die Realität verloren. Mit tiefer Sorge begriff er, daß vor allem die Sozialdemokraten trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes (1890) und anderer sozialer Erleichterungen dem Ideal der Volksgemeinschaft widersprachen. Mit Nachdruck forderte Schmidt die nationale akademische Jugend des „Vereins deutscher Studenten“ auf, die soziale Frage zu lösen. Nach eingehender Lektüre zur deutschen Entwicklung dieser Frage konstatierte er, daß der deutsche Arbeiter mit gutem Recht gegen seine Not protestierte. Ein hemmungsloses Großkapital, z.B. begünstigt durch die Gewerbefreiheit, entfremdete den Arbeiter immer mehr von „Vaterland“ und „Volksgemeinschaft“. Auch die parlamentarischen Parteien schonte Schmidt in seiner Kritik nicht: Dilettantisch, streitsüchtig, egoistisch und materialistisch wirkten sie gegen die anzustrebende innere nationale Einheit. Staatlichen Druck auf die Arbeiter lehnte Schmidt zur „Lösung“ sozialdemokratischer Unruhen ab, obwohl er ihre Ziele, durch gewaltsamen Umsturz eine bessere Welt zu schaffen, entschieden ablehnte: Er interpretierte sie als städtischen Internationalismus, als seelenloses Machwerk französischer Herkunft und als bewußte Zerstörung der „Volksgemeinschaft“.

Die Lösung des sozialen Problems sah Schmidt in einer umfassenden konservativen nationalpolitischen Volkserziehung — wie sie damals der Theologe und „Soziologe“ Prof. Dr. Fedor Schmidt-Warneck in mehreren Schriften konzipiert hatte. Dieser Name taucht bei dem „älteren“ Schmidt-Wodder — soweit ich sehen kann — überhaupt nicht mehr auf, übte aber in der Studentenzeit Schmidts auf diesen einen großen Einfluß aus.

„Innere Überwindung der Socialdemokratie“ 2. Aufl., Braunschweig 1894), so betitelte Schmidt-Warneck eine seiner Schriften, die dem Ziel einer „sozialpolitischen“ Erziehung dienen sollten. Er forderte eine wissenschaftliche Analyse des sozialen Problems; denn nur durch bessere Argumente könnte man den sozialdemokratischen Standpunkt erschüttern. Eine gewaltlose soziale Reform, gefestigt durch eine „deutsche Sociologie“ (d. h. alle Lebensverhältnisse, das Verhältnis Einzelperson - Gemeinschaft und das Gemeinwohl untersuchen), konnte eine gemeinsame „Volksseele“ wiederherstellen. Schmidt-Warneck hatte sich zudem u. a. ausführlich mit Fichte beschäftigt und somit die Signale für eine umfassende Nationalerziehung gesetzt, die auch eine geordnete und geistig fundierte Rückkehr der Sozialdemokraten in die „deutsche Volksgemeinschaft“ bewirken sollte. Solche Gedanken waren in dieser Zeit keineswegs völlig neu. Man

lese hierzu z. B.: Arnim Möhler: „Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932“, 2. Fassung, Darmstadt 1972. Schmidt-Warneck notierte stolz, daß z. B. der bekannte Hofprediger Adolf Stoecker („Christlich-soziale Bewegung“) eines seiner Werke lobend besprochen hatte. Man kann aber auch an die späteren „Nationalsozialen“ unter Friedrich Naumann denken.

Während Schmidt-Wodder durch eine solche Schmidt-Warneck-Volkserziehung, die hier nur ganz grob skizziert werden kann, die Sozialdemokraten zur Volksgemeinschaft zurückführen wollte, sollten die deutschen Juden dieses „Glück“ nicht erfahren. Der Antisemitismus des „Vereins deutscher Studenten“ stand für Schmidt-Wodder zwar nicht im Zentrum seines Denkens, aber er unterstrich doch mehrmals deutlich, daß in Deutschland lebende Juden nicht zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gehörten.

Christlich-protestantisch, optimistisch-sozial-konservativ, kaisertreu und deutschdemokratisch (nicht demokratisch-parlamentarisch in unserem modernen westeuropäischen Sinne: da ist R. Schenck völlig zuzustimmen), so zeichnet sich Schmidts konservatives Weltbild in diesen Jahren. Schon damals zog die große Politik Schmidt immer wieder an: Entschlossen unterstützte er wilhelminisches Auftreten in der Kolonialfrage, engagiert verurteilte er in der ihn sehr beschäftigenden Burenfrage den englischen „kapitalistischen“ Imperialismus und befürwortete hierbei eine selbstbewußte deutsche Außenpolitik.

Dienst am Volk schloß für Schmidt-Wodder ganz selbstverständlich die Wehrpflicht ein, der er nach seinem Studium nachkam. In Friedenszeiten war für Schmidt das Militär die „Schule der Nation“, in der keiner Not zu leiden hatte. Auffällig ist bei Schmidt das von ihm in seinen Formulierungen gern verwandte „militärische Vokabular“.

Wenn es auch für Schmidt-Wodder bei der Gründung des Friedensvereins um wesentlichere *nationale* Dinge ging, so kann man doch eine Parallele zwischen dem Friedensverein und der damals Schmidt sehr beschäftigenden sozialen Frage ziehen: In beiden Fällen ging es um die Wiederherstellung der inneren Ruhe des Deutschen Reiches — ohne die Anwendung staatlicher Druckmittel. Wie bei der Frage der Sozialdemokraten sollten beim Friedensverein zunächst die eigenen Argumente gefestigt werden, d.h. Hebung deutschen Selbstbewußtseins. Die Gewährung weitgehender kultureller Rechte für die dänischen Nordschleswiger (Achtung vor dem „nationalen Gegner“) diente letztlich der nationalen Entspannung im Grenzland, d.h. gleichzeitig einer inneren Stärkung des Reiches. Freilich: An eine Gebietsabtrennung an Dänemark im Sinne eines nationalen Selbstbestimmungsrechtes dachte Schmidt nicht. Das lag z. B. auch nicht in der Absicht des vom bekannten Marburger Theologen Prof. Dr. Martin Rade ins Leben gerufenen „Vereins zum Schutze der deutschen Ehre in der deutschen Nordmark“ (1910), der den Geist des „Deutschen Vereins“ (Politik der „harten Hand“

gegenüber den dänischen Nordschleswigern) bekämpfte und den „positiven“ Friedensverein stützte. Später, besonders nach 1920, kühlte das anfangs gute Einvernehmen zwischen Rade und Schmidt-Wodder merklich ab, als Rade offen für eine friedvolle Aussöhnung Dänemark gegenüber auftrat. Für Schmidt war eine solche Haltung angesichts der für ihn ungelösten Nordschleswigfrage unannehmbar, die zudem an die „Schmach“ von Versailles gebunden war. Im Zusammenhang mit dem Selbstbestimmungsrecht kannte Schmidt vor 1914 die bekannte „Resolution der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten aus dem Jahre 1902“ (vgl. Friedrich Bauer: „Ein vergessenes Kapitel“, Grenzfriedenshefte 3/1962, S. 181 ff.) — soweit ich sehen kann — nicht.

Man muß R. Schenck zustimmen: Demokrat im freiheitlichen Sinne westeuropäischer Denkart ist Schmidt auch im Friedensverein nicht gewesen. Er blieb im wesentlichen deutschnational und konservativ. Doch für einige deutsche Nordschleswiger (z. B. Detlef Hansen) wurde der Friedensverein zu einer Art von erlösender Alternative gegenüber dem allmächtigen Germanisierungsgeschrei, auf das der „Deutsche Verein“ ein unumstößliches Monopol zu besitzen schien.

Daß Schmidt seine Bemühungen im Friedensverein vor allem auf die Sprachfrage konzentrierte, lag ganz im Rahmen seiner Weltanschauung: Sprache als wichtiges Indiz nationaler Zugehörigkeit, ein Gut, dem er nicht zuletzt durch die Gedanken des dänischen Kirchenreformers und „Vaters der Volkshochschule“, N. F. S. Grundtvig, religiöse Wertigkeit zuschrieb.

Es ist hier nicht an eine umfassende kritische „Würdigung“ des Friedensvereins gedacht, es soll nur angedeutet werden, welche Denkansätze bei Schmidt in diesem Zusammenhang vorliegen.

Während des Ersten Weltkrieges hatte Schmidt-Wodder anfangs große Hoffnungen auf eine Neubelebung „deutscher Volksgemeinschaft“ gesetzt, der „Burgfrieden“ sollte den Krieg überleben. Die Ereignisse von 1918—20 brachten dann für Schmidt eine tiefe Ernüchterung und den Pastor aus Wodder (Nordschleswig) endgültig in die Politik — zu neuen Aufgaben als Führer einer deutschen Minderheit in Dänemark nach 1920, deren nationale Geschlossenheit er mit Nachdruck zu wahren suchte. Um eine Zersplitterung des Deutschtums zu vermeiden, hatte Schmidt sich bereits im Sommer 1919 — im Gegensatz zur Sonderburger Gruppe des Friedensvereins (Dr. Krey, Pastor Jörgensen) — von einer Weiterführung des Friedensvereins distanziert, der sich während des Krieges in seiner Aktivität äußerst zurückgehalten hatte.

Einige fortführende Bemerkungen — leider auch nur „punktueller“ Art — seien noch zum Verhältnis Schmidt - Sozialdemokraten erwähnt. Dem schon erwähnten Kapp-Putsch (unmittelbar vor der Abstimmung vom 14. März 1920!) kommt hierbei für die Zeit nach 1920 eine wichtige Bedeutung zu.

Anläßlich der preußischen Minderheitenordnung vom 9.2.1926 schrieb in diesem

Zusammenhang Schmidt-Wodder am 2.3.1926 an den bekannten Sozialdemokraten und damaligen Landrat in Eckernförde Eduard Adler (Beigeordneter beim Regierungspräsidenten in Schleswig-Holstein bei den Abstimmungsvorbereitungen):

„Sehr geehrter Herr Landrat! Gestatten Sie, daß ich an alte Beziehungen im Kampf um die Nordmark anknüpfe und Ihnen ein Anliegen unterbreite, das mir nicht ganz gleichgültig ist.

Sie werden vielleicht gelesen haben, daß ich am Sonntag auf einer Landesversammlung der Deutschnationalen über die neue Minderheitenordnung spreche.

Ich bin dazu aufgefordert worden und habe natürlich allen Grund, wo ich nur kann, über unsere Stellungnahme aufzuklären. Ich hätte aber ebenso gern einmal Gelegenheit, in sozialdemokratischen Kreisen über diese Dinge zu sprechen und habe diesen Wunsch jetzt doppelt, weil ich durchaus nicht wünsche, daß man mich von irgendeiner Partei in Deutschland für sich in Anspruch nimmt. Sie werden sich schwer davon eine Vorstellung machen können, wie wir Deutschen außerhalb des Reichs — ich jedenfalls persönlich — darunter leiden, daß der Weg vom Volksgenossen zum Volksgenossen fast immer gesperrt ist durch Parteigebundenheit. Wir wissen, daß Deutschland keine Aussicht auf Zukunft hat, wenn es nicht gelingt, da eine größere Unbefangenheit und eine gerechtere Würdigung zu erreichen. Sie erinnern mich vielleicht als Kappputschmann. Ich fühle mich gar nicht veranlaßt, über diesen Teil meiner Vergangenheit den Schleier zu ziehen, auch Ihnen gegenüber nicht, denn es war auch damals die Hoffnung, daß einmal ein Mensch Ordnung schaffe, der nicht parteigebunden war. Ich wußte von Kapp als einen Mann, der Bauernsiedlung [ein ganz zentrales Anliegen Schmidts] gegen Großgrundbesitz energisch vertreten und dafür gearbeitet hatte. Ich wußte auch anderes Günstige von ihm. Ich erwähne das nur, um Sie gewissermaßen herauszufordern, eine Belastungsprobe anzustellen, wieviel Sie in dieser Beziehung vertragen können. Ich will mich nicht in Ihre Kreise hineinschleichen, indem ich mir ein anderes Gesicht gebe, als ich es wirklich habe. Aber eigentlich müßten Sie mich ja kennen! ... Sie dürfen versichert sein, daß ich mich nicht verletzend äußern werde über die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Sache, wohl aber versuchen werde, gewisse Anschauungen zu korrigieren, die ich für Befangenheit halte ...“ (Vgl. zum Kapp-Putsch auch Schmidts „politischen Werdegang“, S. 78 ff.)

Folgendes an diesem Brief scheint mir für Schmidts Verhalten gegenüber den Sozialdemokraten wichtig: Schmidt hatte — wie viele andere in seiner Lage — während der Abstimmungszeit persönliche Kontakte zu Sozialdemokraten geknüpft. Auch bei grundverschiedenen Weltanschauungen waren diese Berührungen auch nach 1920 ein gemeinsames Erlebnis, das Schmidt — trotz

seiner Stellung zum Kapp-Putsch — einiges persönliches Ansehen in sozialdemokratischen Kreisen gebracht hatte. Schmidt dachte immer noch an eine über alle Parteien hinweggehende „Volksgemeinschaft“. Seine Haltung zum Kapp-Putsch verdeutlichte aber auch, daß er die deutsche Entwicklung seit den Novembertagen von 1918 innerlich ablehnte und nun in Kapp einen Mann sah, der eine „konservative“ deutsche Ordnung wiederherstellen könnte. Wenn auch Schmidt während der Weimarer Republik des öfteren die Verdienste der Sozialdemokraten in der Unterstützung der deutschen Minderheit Nordschleswigs betonte, so blieb seine Hoffnung — wie im Kapp-Putsch — auf einen nationalen Umschwung im Sinne einer „konservativen Revolution“ ungebrochen. So begrüßte er schließlich den Durchbruch der Nationalsozialisten — trotz ihrer in seinen Augen ungehobelten und gleichschaltenden Parteiarbeit — u. a. auch als Stoß gegen die Sozialdemokraten. Wieweit Schmidt für das Ideal einer „deutschen Volksgemeinschaft“ zu gehen bereit war, zeigte er in den unheilvollen Artikeln von 1944 bis 1945, deren gefährliche politische Einseitigkeit — auch für die deutsche Sache! — er nicht begreifen wollte.

Als idealen Sozialdemokraten, der schließlich in den „heiligen“ Schoß dieser „Volksgemeinschaft“ zurückgefunden hatte, sah Schmidt-Wodder den Politiker und Schriftsteller August Winnig. Der Sozialdemokrat Winnig hatte sich dem Kapp-Putsch angeschlossen und war deswegen aus der SPD ausgeschlossen und auch seines Amtes als Oberpräsident von Ostpreußen enthoben worden — um dann immer mehr nach „rechts“ zu rücken. Am 8. 6. 1934, als Schmidt-Wodder Winnig sein Buch: „Deutschland gestern und heute“ schickte, hatte Schmidt an diesen geschrieben: „ ... Es gibt wenige Schriftsteller in Deutschland, deren Werke ich so aufmerksam verfolgt habe wie die Ihrigen, und keinen, von dem ich so viel über den Arbeiter und die Arbeiterbewegung gelernt habe. Ich darf Ihnen vielleicht sagen, daß ich Ihr Buch ‚Frührot‘ deswegen so hoch einschätze, weil es zeigt, wie zu einer bestimmten Zeit ein ordentlicher Kerl und Kamerad unter Arbeitern Sozialdemokrat werden mußte ... Ich bin ja tief davon überzeugt, daß die Aufgabe, den Arbeiter wieder ganz für Volk und Vaterland und Staat zu gewinnen, nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, und daß die, die es wirklich können, immer bei Ihnen in die Schule gehen werden.“ Bereits am 24.11.1931 hatte Schmidt an Winnig geschrieben, daß er kein besseres Werk als Winnigs „Frührot“ kenne, „das so tief in die Tragik des deutschen Arbeiters hineinführt, daß jeder verstehen muß, wie es kam, daß er Staat und Volk so entfremdet wurde, und war in seinem Wesen doch so deutsch.“ Diese wenigen Zitate zeigen deutlich, daß Schmidt-Wodder noch immer den Zielen der „innerlichen Überwindung der Socialdemokratie“ im Sinne Schmidt-Warnecks treu geblieben war. Der deutsche Arbeiter sollte in die „deutsche Volksgemeinschaft“ zurückgeführt werden.

Zu Schmidt-Wodders nordischen Beziehungen

Im Zusammenhang mit meinen Untersuchungen zu Schmidt-Wodders nordischen Beziehungen — dieser Arbeitstitel ist sehr weit gefaßt — fiel in diesem Kurzbericht bisher nur der Name Grundtvig. Diesen hervorragenden Mann der dänischen Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts muß man in dem ausgeprägten pädagogischen Interesse Schmidts sehen. In Grundtvigs Idee der Volkshochschule fand Schmidt den praktischen Ansatz einer nationalen Volkserziehung, wie sie ihm seit seiner Studentenzeit vorschwebte. Allerdings: Schmidt dachte nicht an eine schematische Kopie der Grundtvigschen Konzeption, sondern an eine eigene „deutsche“ Volkshochschule — er wurde auch nicht müde, den Einfluß Fichtes auf Grundtvig zu betonen. Neben seinen zahlreichen Verbindungen zu schleswig-holsteinischen Volkshochschulen (z.B. Rendsburg und Lunden — Detlef Hansen) müssen unbedingt Schmidts Kontakte zur Bauern(volks)hochschulbewegung eines Bruno Tanzmann (Dresden-Hellerau) erwähnt werden, in dem Klaus Bergmann („Agrarromantik und Großstadtfeindlichkeit“, Meisenheim am Glan 1970) einen geistigen Wegbereiter nationalsozialistischer Agrarideologie sieht. In manchen Gedankengängen distanzierte Schmidt sich zwar von dem aggressiv-radikalen „Artamanen“ Tanzmann, aber er begrüßte mit Nachdruck, daß Tanzmann durch seine Bauernhochschulbewegung den Bauern als „wichtigstem“ Stand des deutschen Volkes zu neuem Selbstbewußtsein verhelfen wollte. Vom Bauern, der das „Urgewerbe der Menschheit“, den Ackerbau, ausübte, erwartete Schmidt die entscheidende „Erneuerung“ des deutschen Volkes.

So sehr Schmidt-Wodder die nachhaltige Bedeutung Grundtvigs immer wieder hervorhob, so scharf verurteilte er den in seinen Augen verderblichen Geist des bedeutenden dänischen Kritikers und Literaturhistorikers Georg Brandes, dessen Vorlesungen an der Kopenhagener Universität über die „Hauptströmungen in der Literatur des 19. Jahrhunderts“ (ab November 1871) modern-europäischem Denken in Dänemark zum entscheidenden Durchbruch verholfen hatten. Schmidt lehnte diesen „französischen“, „internationalen“ und „liberal-(jüdisch)-großstädtischen“ Geist als zersetzend für eine anzustrebende „Volksgemeinschaft“ nachdrücklich ab.

Die Antipoden Grundtvig und Brandes mögen an dieser Stelle als Beispiele für Schmidts Verbindungen mit dänischem Geistesleben genügen. Sie sollten zeigen, daß Schmidt sich wirklich mit der dänisch-nordischen Geisteswelt beschäftigte — vor allem dann, wenn dieses Studium der Festigung seiner eigenen deutschsozial-konservativen Lebensanschauung diene.

Die nordschleswigsche deutsche Minderheit wollte Schmidt-Wodder nach 1920 als geschlossene Volksgruppe ohne Parteistreitigkeiten führen — was ihm schon

vor 1933 äußerst schwerfiel (z.B. Königsaleute, wirtschaftlich-soziale Probleme der Minderheit und „deutsche“ Sozialdemokraten). Eine „endgültige Bereinigung“ des Nordschleswig-Problems erwartete er nur von einer direkten deutschdänischen Absprache. Ein solches Übereinkommen könne nur von konservativen Kräften (z.B. Haltung des Schleswig-Holsteiner-Bundes) erreicht werden, nicht aber von sozialdemokratischen Kreisen. Diese Überzeugung hinderte Schmidt nicht, bei seinen bei weitem überwiegend konservativen Kontakten und Interessen auch zu sozialdemokratisch-dänischen Kreisen Beziehungen zu unterhalten. Hier sei vor allem an den sozialdemokratischen dänischen Folketingsmann J. P. Nielsen, den „Kindervater“ aus Nordschleswig, erinnert, zu dem Schmidt ein aufrichtiges Achtungsverhältnis entwickelte.

Deutlich hatte Schmidt-Wodder in seiner mit Spannung erwarteten ersten Folketingsrede am 21. 10.1920 (Rigsdagstidende, 1920—21, Sp. 213-223) gemäß den Satzungen des Schleswigschen Wählervereins, der politischen Organisation der deutschen Minderheit nach 1920, eine Grenzrevision — als „gerechte“ Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes — gefordert. Manche dänische Illusion von einer endgültigen Beruhigung im Grenzland durch den angeblich „liberalen“ Schmidt des ehemaligen Friedensvereins wurde hier endgültig zerstört: Die Nordschleswig-Frage sollte noch lange Zeit der Pferdefuß deutsch-dänischer Beziehungen bleiben.

Als die Hoffnung auf eine Grenzrevision für Schmidt in immer weitere Ferne rückte, unterstützte Schmidt immer mehr den Gedanken eines selbstbewußten vereinten Nordens, der „natürlich“ den deutschen Führungsanspruch in Europa anerkennen mußte. Zuvor hatte Schmidt-Wodder eifrig nach skandinavischen Stimmen gesucht, die einmal den „entwürdigenden“ Vertrag von Versailles verurteilten und zum anderen die nordische Solidarität für Dänemark in der Nordschleswig-Frage durchbrachen.

Im dänischen Folketing genoß Schmidt wegen seines beherrschten Auftretens einiges Ansehen. Wenn er auch in der Angelegenheit eines deutschen Nordschleswigs unbeugsam blieb, ließ er sich doch nie zu leidenschaftlichen Demonstrationen hinreißen. Der Aktivität dänischer Parteien und dem parlamentarischen Geschehen im Folketing stand er äußerst distanziert gegenüber. Das hatte „bekannte“ Gründe: Zum einen wollte er sich nicht in die „ureigenen“ nationalen Angelegenheiten des dänischen Volkes einmischen, und zum anderen hatte er seine ablehnende Haltung gegenüber demokratischen Parteien und Parlamentarismus keineswegs abgebaut.

Es wird zu überlegen sein, ob hier nicht — auch im Interesse der deutschen Nordschleswiger — gute parlamentarische Chancen verspielt wurden. Welche Möglichkeiten man hatte, zeigte z.B. das sogenannte Herring-Abkommen vom 20.9.1928 (Schulwünsche der deutschen Minderheit) mit den dänischen

Sozialdemokraten im Zusammenhang mit der Landstingswahl vom 14.9.1928. Diese wenigen Gedanken — einmal im geistigen Bereich (Grundtvig - Brandes) und zum anderen im politischen (Nordschleswig-Frage, Parlamentarismus) — zu Schmidts Beziehungen zum Norden Europas mögen hier als Beispiele genügen. Es wird natürlich auch zu untersuchen sein, wie die skandinavische Welt Schmidt-Wodder beurteilte.

Die in diesem Artikel skizzenhaft angedeutete Klärung des konservativen Weltbildes Schmidt-Wodders wird auch unbedingt zu verwenden sein, wenn über seine Kontakte zum Norden geurteilt wird: Schmidts gesamtes politisches Wirken muß kritisch an einem auch von ihm angestrebten besseren deutschdänischen (skandinavischen) Verhältnis gemessen werden. In jedem Falle sollte eine solche Analyse dazu beitragen, konfliktfordernde Vorurteile nationalideologischer Art zu erkennen und abzubauen.

H.V. Gregersen: „Plattysk i Sønderjylland“

En undersøgelse af fortyskningens historie indtil 1600-aarene

Die Liebe zum Detail ist es, die H. V. Gregersens Arbeiten auszeichnet. Sie ist es, die ihn stets neues und reiches Quellenmaterial suchen und finden läßt. Hinzu kommt ein Fleiß, gepaart mit großer Arbeitskraft, der seinesgleichen sucht. Hinzu tritt eine in die Tiefe gehende Sachlichkeit, die bei der Forschungsarbeit jede Spekulation ausschließt.

Mit diesen Voraussetzungen hat G. den „Kalendermann“ Christians IV. von Dänemark der Vergessenheit entzogen und in seinem Buch über Niels Heldvad, Nicolaus Heldvaderus die Biographie eines interessanten Mannes einer interessanten Zeit geschrieben (Fritz Fuglsang, ZSHG Bd. 82, S. 303).

Das Buch zeigt bereits Gregersens intime Kenntnisse der nordschleswigschen Verhältnisse der frühen Neuzeit. Er belegt diese weiter in einer Vielzahl von Aufsätzen über den Ochsenhandel im 17. Jahrhundert, bei welchen er mit der Akribie des echten Sammlers insbesondere der zolltechnischen Seite des Handels nachgegangen ist. Mit gleicher Gründlichkeit widmete er sich der Darstellung der wirtschaftlichen Lage Flensburgs in den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts. Eine Abhandlung über den Schleswiger Salzhandel erschien bereits 1947 in Sønderjyske Maanedsskrift. Das Thema verfolgte er mit Archivstudien in Kopenhagen, Apenrade, Schleswig, London und Lüneburg und anderenorts weiter. Das Ergebnis wurde ein Buch „Den Lüneburgske Saltoktroi. Et bidrag til salthandelens historie i hertugdømmet Slesvig.“ Sowohl historisch als auch wirtschaftlich wird ein breiter Rahmen gesetzt, der als Bild die Geschichte des Salzhandels in Nordeuropa mit den vielen staatlichen Eingriffen bis zur Freigabe des Handels enthält. Einen breiten Raum kleinerer Arbeiten nimmt die Darstellung der Landschaft um den „Heerweg“ ein. G. hat sich um die Bestimmung des genauen Platzes von Urnehoved bemüht und die Geschichte dieses bedeutenden Thingplatzes erforscht. Zahlreiche Aufsätze in Sønderjyske Maanedsskrift und in den Sønderjyske Aarbøger belegen seine Arbeiten. In einem Buch „Messe og marked“ zeigt er die Geschichte des früher bedeutend gewesenen Ortes Kliplew am Heerweg auf.

Neben der Geschichte von Kliplew hat er an der Darstellung der Geschichte der Gemeinde Bjolderup und der Stadt Apenrade mitgearbeitet. In zwei Bänden hat er weiter Laurids Skaus Briefwechsel einmal mit den Freunden in Kopenhagen und im zweiten Band mit den Freunden in Nordschleswig bearbeitet und heraus gegeben. Hinzu kommen noch die Lebenserinnerungen von M. Mørk Hansen. Eine Abhandlung über das Stift Hadersleben im Mittelalter leitet zu der Arbeit über, die jetzt vorliegt.

Diese Aufzählung legitimiert Gregersen für eine umfassende Darstellung einer Geschichte Schleswigs. Er hat sie Ende 1974 vorgelegt. Es zeigt sich hier wieder seine Liebe zum Detail; denn sein neuestes Buch heißt nicht „Geschichte Südjütlands“, sondern „Plattysk i Sønderjylland“ — En undersøgelse af

fortyskningens historie indtil 1600-aarene.

Der Obertitel mit dem Hinweis auf die Sprache läßt zunächst auf eine philologische Abhandlung schließen. Eine solche ist es aber keineswegs. Es steht in dem Buch der Untertitel im Vordergrund, wonach untersucht werden soll, *wieso und in welcher Weise das Deutschtum allgemein bis etwa 1600 nach Norden vordrang.*

Insoweit wird der Philologe von dem Buch enttäuscht sein. Für den Historiker aber ist es von um so größerem Interesse. G. teilt das Buch in verschiedene Zeitabschnitte. Dabei findet er den Schluß in dem Eindringen des Hochdeutschen, welches wiederum das Plattdeutsche zumindest als Behörden- und Amtssprache verdrängte. Diesen letzteren Vorgang sieht G. um 1600.

Die Überlegungen beginnen mit Waldemars Erdbuch von 1231, in dem durch das deutsche Wort „Hufe“ eine deutsche oder doch sächsische Bevölkerung im Schlei-Eiderraum nachgewiesen ist. G. findet eine Linie der Schlei entlang bis nach Schleswig und von dort nach Husum, die er als Grenze zwischen Dänisch und Deutsch anspricht. Diese Scheide ist der Ausgangspunkt seiner Untersuchungen. Von hier führt er in die politische Geschichte hinein und zeigt das Entstehen der Herzogsmacht im späteren Herzogtum Schleswig auf. Kurz, klar und gerafft werden die wichtigsten Daten und Vorkommnisse auf dem Wege dahin angegeben.

Einen breiteren Raum nimmt die Schilderung der Hanse, der Stadtrechte und des aus Deutschland kommenden Handwerkertums ein. Besonders der Handel brachte nach G. die plattdeutsche, will sagen die niederdeutsche Sprache nach Norden. Die dänischsprachige Knudsgilde, die G. lediglich nördlich der Eider belegt, kommt bei der Behandlung etwas zu kurz. Vor allem läßt er die Möglichkeit außer acht, daß diese Gilde als Schwurverband der Kaufleute im nördlichen Europa ein Gegengewicht zur Hanse hätte abgeben können. Dagegen stellt der Verfasser das Bischofsamt in Schleswig in den Vordergrund, das von 1308 ab mit einer Ausnahme mit deutschgeborenen Bischöfen besetzt wurde. In Verbindung damit schildert er die Ereignisse, die Gerhard III. von Schauenburg einleitete, bis zur Einwanderung des holsteinischen Adels nach Schleswig gründlich und ausführlich. Die Gründe für diese Einwanderung sieht G. in ehelichen Verbindungen über die Grenze hinweg und in der Überlegenheit dieser Ritter auf dem Gebiet der Landwirtschaft, wozu noch die Verödung weiter Strecken durch die Pest gekommen sein mag. Es gibt nach Kenntnis des Rezensenten keine so knappe und zugleich so klare übersichtliche Schilderung dieser Vorgänge, die doch das allergrößte Interesse beanspruchen können. Gregersens Freude an Einzelheiten zeigt sich hier in der Aufzählung langer Namenslisten für die Zeit von 1325 bis 1350 und der detaillierten Angabe der Vorgänge in Törninglehn, dessen besondere Kenntnis er bereits in seinen früheren Schriften belegt hat.

Bereits in dieser Zeit aber sieht G. den holsteinischen Adel nicht nur als Aufkäufer und anderweitigen Erwerber von Gütern nach Norden ziehen, sondern auch schon als Repräsentanten der schauenburgischen fürstlichen Macht. Er kommt hier zu dem Ergebnis, daß im Vordergrund die soziale Stellung gestanden habe, nicht aber die eine oder die andere Nationalität. In diesem rein geschichtlichen Abschnitt sieht G. sicher das Ergebnis des Konzils zu Konstanz von 1415 richtig, wo Kaiser Sigismund als Vetter des dänischen Königs Erich diesem recht gegen die Schauenburger gab, wobei eine echte rechtliche Prüfung der Verhältnisse nicht erwähnt wird. Die politische und kriegsgeschichtliche Entwicklung bis zur Einnahme von Flensburg durch die Schauenburger ist fesselnd geschildert. Mit dem Fall von Flensburg ist das Schicksal des südlichen Teiles des „alten dänischen Grenzlandes besiegelt“. Damit meint G., daß dieses Gebiet für die Zukunft für Dänemark verloren sei. Er sieht das sowohl politisch als auch kulturell. Denn die geschichtliche Darstellung soll ihm ein Beleg dafür sein, daß die niederdeutsche Sprache, oder wie es im dänischen Text heißt, die plattdeutsche Sprache, im Gefolge der nach Norden vordringenden Schauenburger unter Verdrängung der dänischen Sprache ebenfalls nach Norden vordrang. Dieses wird richtig sein. An anderer Stelle meint G. aber, daß nicht die Einwanderung aus Holstein alleine, sondern auch die gesamte kulturelle Situation dem Vordringen des Deutschen günstig gewesen sei. Es scheint dem Rezensenten, daß diese Gesamtsituation alleine durch die Einwanderung letztlich herbeigeführt wurde. Denn den Schauenburgern wäre das Vordringen nach Norden ohne eine folgende Volksverschiebung uninteressant gewesen. Auch ist an anderer Stelle gesagt, daß z. B. in Flensburg durch die Initiative des Rates, also ohne Obrigkeit, der Übergang zum Niederdeutschen stattfand.

G. schließt den ersten Teil seines Buches mit einem Hinweis auf Nordschleswig ab, wo die Verhältnisse anders liegen, weil hier der Einfluß der Schauenburger mit einer niederdeutschen Behördensprache neu war und der Einfluß als solcher trotz des Sieges ungeklärt blieb.

Der zweite Teil beginnt mit der Feststellung, daß das Land Schleswig-Holstein unter Adolf VIII. eine Realität wurde. Gregersen weist darauf hin, daß diese Realität sich letztlich bis zum heutigen Tage gehalten hat, und zwar auch durch die Zeiten der Landesteilungen hindurch, in denen dänische Könige hier herrschten. Nach der Wahl von Ripen 1460 sieht der Verfasser sowohl die schleswig-holsteinische Ritterschaft zufrieden als auch den dänischen Reichsrat, als auch schließlich den König selber, der als dänischer König ein Reich beherrschte, wie es seit der Zeit Knud des Großen nicht mehr der Fall gewesen war. Zur Prüfung des Sprachgebrauchs unter dem deutschstämmigen Herrscher führt G. Thingverhandlungen an und zeigt das Ergebnis, wonach in den meisten nordschleswigschen Harden die dänische Sprache vorherrschte. Das Gewicht legt

er jedoch auf kirchliche Handlungen, die zum mindesten im südlichen Nordschleswig entweder lateinisch oder, wenn das Volk sie verstehen sollte, auf niederdeutsch abgehalten wurden. Dennoch wurde an größeren Kirchen, insbesondere auch in Hadersleben, wo eine Zeitlang eine eigene Kirchenpolitik getrieben wurde, eine Priesterstelle eingerichtet, die eigens für die Verkündung in dänischer Sprache vorgesehen war. Es entwickelte sich der Brauch, daß die erste Pfarrstelle einem Deutschstämmigen vorbehalten wurde, während ein Vikar für den dänischen Gottesdienst bereitstand. G. belegt dieses wieder mit einer langen Liste von Namen bis zur Einführung der Reformation.

Überrascht ist der Leser über das Ergebnis, daß südlich der Linie Løjt—Ravsted—Hostrup — also im Gebiet des späteren „schiefen Vierkants“ — bereits in jener Zeit die deutsche Sprache vorherrschte. Im übrigen aber herrschte der Einfluß des Bistums Ripen vor, wonach dänisch gesprochen wurde. Dieses wird wiederum durch eine lange Reihe von Beispielen belegt.

Einen Einschnitt gab die Reformation ab, die im Ergebnis den Gottesdienst näher an das Volk heranbringen wollte. Der Verfasser gibt zunächst einen kurzen, aber erschöpfenden Überblick über die politische Situation, bevor er die Einführung der neuen Lehre in Hadersleben-Törning schildert. Es ist dieses letztere der einzige Abschnitt, der zu breit angelegt ist. Das Ergebnis ist dann die eigene Kirchenordnung für Schleswig-Holstein — ohne Dänemark, und zwar für beide Herzogtümer auf Niederdeutsch. G. schließt richtig, daß hierdurch der Abstand zum Königreich erneut ein großer wurde. Gleichwohl erhielt sich der Brauch, daß in den Städten der erste Geistliche deutscher Herkunft war, während für den dänischsprachigen Teil der Gemeinde ein Vikar oder Kaplan abgestellt wurde. Anders sieht G. die Verhältnisse auf dem Lande. Hier will er nördlich der Linie etwa zwischen Flensburg und Tondern einen überwiegend dänischen Kirchensprachgebrauch feststellen. Das begründet G. mit der politischen und kulturellen Geschichte dieses Streifens bis in das Jahr 1350 zurück. Die Obrigkeit dagegen bis zum Amtmann hinunter war und blieb deutschstämmig und deutschsprachig.

Im übrigen untersucht G. Kirchenbücher, Kirchengesamtheit und Stifterfamilien, um darzutun, daß nördlich der von ihm erkannten Linie dänisch sowohl die Umgangssprache als auch diejenige der Kirche war. Durch die nach der Reformation aufkommende volkstümliche Verkündung des Wortes mußte der Geistliche sich zwangsläufig der Umgangssprache anpassen. Danach entsteht das Ergebnis, wonach ausgerechnet die aus Deutschland kommende Reformation, die hierzulande von hochdeutschen Geistlichen verbreitet wurde, zu einer Neubelebung der dänischen Sprache geführt hat, und zwar in einem Raume, der in etwa nördlich der heutigen Grenze liegt. Bei allem aber wird immer wieder eingeräumt, daß die Obrigkeit bis zum Hofe hin zunächst das Niederdeutsche und

nach etwa 1600 das Hochdeutsche sowohl als Umgangssprache als auch als Amtssprache pflegte. Daraus folgt, daß derjenige, der sich an Behörden wenden wollte, dieses auf deutsch tat. So sind z. B. auch die zitierten Briefe von Friedrich I. an seinen Sohn Christian in deutscher Sprache geschrieben. Es ist überhaupt interessant, Gregersens Zitierweise zu lesen. Im Text erscheinen überwiegend dänische Zitate. Sie sind aber als Fußnoten in der Ursprungssprache wiedergegeben. Dort nun findet der Leser, der nicht flüchtig ist, manchen Aufschluß als wichtige Ergänzung.

Den letzten Grund für die Rückkehr des Dänischen in die südlichen Bezirke Nordschleswigs sieht G. in der Schwierigkeit des Hochdeutschen, zu dem der Wissensabstand größer gewesen sei als zum Dänischen. — Das Fazit der Gesamtüberlegung ist:

Vom 13. Jahrhundert ah bewegt sich die deutsche Sprache nach Norden. Das geschieht zunächst im Zuge der bäuerlichen Besiedlung, dann durch den Zug des holsteinischen Adels und durch die Ansiedlung von Kaufleuten gemeinsam mit Handwerkern, wobei auch der Hanse als politisch-kultureller Macht eine Bedeutung zukommt. Es ist nach G. aber nicht alleine der Einzug von Menschen nach Norden, sondern unabhängig davon die Überlegenheit der deutschen Kultur, die ihre Sprache nach Norden bringt. Diese Entwicklung findet ihren Höhepunkt mit der Reformation, die starke geistige Kräfte vom Süden heranzführt. Gleichzeitig aber besinnt sich die Reformationsbewegung auf den „kleinen Mann“, der besser als früher seelsorgerisch versorgt werden soll. Zur Erreichung dieses Zweckes bemüht sich die deutschgeprägte Obrigkeit um den Gebrauch der dänischen Sprache, wie das an vielen Stellen belegt ist. Die Welle der deutschen Sprache ebbt dadurch ab und wird sogar rückläufig.

Es kann Gregersen hierin gefolgt werden. Zu begrüßen ist das Aufzeigen der Mehrschichtigkeit für die Sprachverschiebung. Einen weiteren Grund in dem aufgezeigten und gründlich dargebrachten Bündel hätte der Rezensent indessen gerne noch zusätzlich erwähnt gefunden. Das ist die gleichzeitige Bewegung des deutschen Strafrechts nach Norden, wodurch zweifelsfrei der Marsch der Sprache zusätzlich gefördert wurde.

Gregersen hat das Buch als Dissertation der Universität in Odense vorgelegt, wo er es in der Disputanz am 13. Dezember 1974 mit großem Erfolg vor einem überfüllten Auditorium verteidigte. Eine deutsche Übersetzung würde mit Sicherheit einen interessierten Leserkreis finden.

VON DER KONFRONTATION ZUR KOOPERATION

Am 29. März 1955 wurde durch die Bonn-Kopenhagener Minderheitenerklärungen ein Signal zum Beginn eines friedlichen Wettbewerbs auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet im deutsch-dänischen Grenzland gesetzt. Diese Erklärungen kennzeichneten die Bereitschaft der dänischen und deutschen Regierung, durch großzügige und gerechte Regelungen nicht nur eine menschenwürdige Politik gegenüber fremden Volksgruppen zu garantieren, sondern auch einen praktischen Weg für die Lösung von Minderheitenfragen anzubieten.

„Da siehe du selber zu!“

Karl Dietrich Erdmann zum 65. Geburtstag am 29. April 1975

Wer als Historiker aus Schleswig-Holstein durch Europa reist und sich gelegentlich als „Erdmann-Schüler“ zu erkennen gibt, wird mit freundlichem Respekt empfangen. Auswärts gilt Professor Erdmann ähnlich wie Hans Rothfels als einer der „großen alten Männer“ der deutschen Historiographie. Wer ihn aus der Nähe kennt, teilt gerne den Glanz, der von dieser Formel ausgeht. Aber ein alter Mann? Für alle, die Ende der fünfziger Jahre mit der ersten großen Studentenwelle an die Kieler Hochschule kamen, um im überfüllten Hebbelsaal die historischen Hauptvorlesungen zu hören, ist Professor Erdmann der Inbegriff des frisch und jugendlich, klar und sprühend formulierenden Lehrers, ein energischer Vierziger, diszipliniert, anspruchsvoll und ohne alles Altväterliche, Bärtige, Patriarchalische. Karl Dietrich Erdmann besitzt die beneidenswerte Gabe, morgens taufrisch und abends lange hellwach zu sein, und zwar vom ersten Vorlesungstage bis zum Semesterschluß. Das wirkt ansteckend, wenn Leistungsprinzip und Lustprinzip so scheinbar mühelos zusammenfallen.

Der Eindruck tätiger Frische wiederholte sich im persönlichen Kontakt: Wer morgens leicht verschlafen ins Seminar kam, konnte von seinem Lehrer mit einer Kaskade geistreicher Fragen so wirksam aufgerüttelt werden, daß er keinen Kaffee mehr brauchte. Bergsons „elan vital“ schien hier am Werk. Wer mit nach Mönkeberg in das gastfreie Haus über dem Fördeufer fuhr, genoß den parkähnlichen Garten mit der hell schimmernden Zitronenbuche. Gelegentlich wurde er auch zu einem Dauerlauf auf der grünen Wiese nebenan gefordert. Hätte Julian Huxley das gesehen — den trabenden Professor vor seiner Schülerschar — womöglich wäre ihm zum „elan locomotif“ auch noch der „homme vital“ oder der „homme locomotif“ eingefallen.

Zur stimulierenden Seeluft, zu Sauerstoff und (gelegentlicher) Gymnastik kamen die Gespräche im Hause des Rheinländers an der Förde. Hier folgte der Anstoß durch das lebendige, gesprochene Wort. Beim Wein ging es um die Rätsel der Weltgeschichte, die Aporien des Historismus und „die geistige Situation der Zeit“. Immer wieder wurden Fragen gestellt. Das hatte der Historiker zu lernen: Fragen zu stellen, durch die das scheinbar zufällig anfallende Material sich wie in einem elektromagnetischen Felde auflud und zu „sprechen“ begann. Anruf und Antwort, die großen Momente der Weltgeschichte, wurden hier zum Prinzip historischer Forschung bis ins Detail, seien es Texte, Daten oder Fakten oder Bruchstücke von alledem.

Heute gelten akademische Vorlesungen als methodisch veraltet oder — im Jargon gesprochen — als hochschuldidaktisch obsolet. Der Inhalt von Vorlesungen ließe sich auch durch Bücher vermitteln oder vom Tonband abhören — so heißt es. Aber was für ein Mißverständnis steckt in dieser Theorie! Gewiß läßt sich der wissenschaftliche Dialog in einer Vorlesung schwerer realisieren als in einem Gesprächskreis. Aber dennoch bleibt der lebendige Vortrag viel mehr als eine Folge schwarzer Zeichen auf weißem Papier oder eine Serie akustischer Wellen von unterschiedlicher Modulation. In den Vorlesungen Karl Dietrich Erdmanns haben viele das erleben dürfen und werden dafür immer dankbar sein. Sie billigen auch den Zorn des Rhetors über ungeduldiges Packen vor dem Schlußakkord und über Lücken im vorderen Parkett, die einen menschlichen Graben andeuteten, wo der innere Dialog zwischen Sprecher und Hörer gemeint war. Dafür gab es Momente von einzigartiger Konzentration des ganzen Auditoriums auf einen einzigen, faszinierenden Gedankengang, der in klarer Diktion für alle gemeinsam entwickelt wurde und sich offenbar nicht nur aus dem Konzept des Professors, sondern auch aus dem stillen Echo der Zuhörer speiste. Solche Vorlesungen dürfen der Studienreform nicht zum Opfer fallen, denn ihr Impuls ist nicht ersetzbar und trägt weit über den Tag hinaus.

Im Jahr der Niederlage des 17. Juni und des Wahlsiegers Konrad Adenauer — zwei Themen, die Erdmann immer wieder beschäftigen sollten — im Jahre 1953 kam er als Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte nach Kiel. Es war sein erster Lehrstuhl, und viele fürchteten, daß der junge Wissenschaftler die Landeshauptstadt bald wieder verlassen würde. Wer sich als Erdmann-Schüler einrichtete, riskierte einen Umzug nach Köln oder München oder in eine andere große Universitätsstadt.

Als Mitte der sechziger Jahre der ehrenvolle Ruf an die Isar erging, haben viele darum gebangt, daß ihr Lehrer bleiben möge. Dabei ging es nicht nur um persönliche Befürchtungen, sondern vor allem um die Landesuniversität und die geistige Landschaft nördlich der Elbe. Wie leicht verödet eine wissenschaftliche Provinz! Es dreht sich ja nicht nur um den einen Ordinarius, sondern um ein ganzes Institut, um Forschungsaufträge und wissenschaftliche Projekte, um zahlreiche Schüler und deren Schüler, um viele Aufgaben im Lande — von Geesthacht bis Apenrade.

Die Fachschaft veranstaltete einen mächtigen Fackelzug von der Kitzeberger Brücke zum Haus am Ernestinenweg. Studenten ganz verschiedener politischer und weltanschaulicher Orientierung standen zusammen: Sozialisten, Christen, Liberale. Zwar formierte sich nie eine enge Gemeinde von Erdmann-Schülern, die als geschlossener Trupp für eine bestimmte wissenschaftliche Doktrin gestritten hätten. Darin mochte Hamburg stärker sein. Aber die große Schar der Erdmann-Schüler spiegelte etwas anderes: die Offenheit von Wissenschaft und Gesellschaft

in vielen Köpfen, die einen Teil ihres freien Selbstseins in Verantwortung vor der Geschichte dem Widerspruch und der Zustimmung ihres Lehrers verdankten. Nun stand der Umworbene im Fackelschein unter freiem Himmel und sprach über die Notwendigkeit, mit einem kurzen Leben hauszuhalten, denn angesichts der unendlichen Weite von Raum und Zeit stünde jedem nur ein winziger Augenblick zu Gebote.

Aber gar so ernst, wie das hier klingen mag, war das gar nicht. Irgendwie hatte der benachbarte Dorfkrug etwas von zahlreichen Besuchern gehört. Im großen Saal wurde getanzt, getrunken und diskutiert.

Es kam das Jahr der großen Ämter: 1966. Der Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands (1962—1967) wurde zum Vorsitzenden des Deutschen Bildungsrates (1966—1970) und übte zugleich das Amt des Rektors der Christiana Albertina aus. In der „Zeit“ fragte Karl Heinz Janßen: „Ein heimlicher Kultusminister?“ Für ihn war Erdmann „einer jener wenigen Professoren in Deutschland, die aus dem Elfenbeinturm der Wissenschaft her austreten und sich ins Getümmel der Politiker, Manager und Funktionäre hineinwagen — dabei freilich der Gefahr nicht entgehen, daß sie mit Ämtern und Aufgaben überhäuft werden.“ Die Warnung im Nachsatz war gut gemeint. Aber wenn irgend jemandem das kecke „stress is beautiful“ wohl zu Gesicht stand, dann dem lächelnden Kölner in Kiel.

Zudem half die Gabe des lebendigen Wortes, eine große öffentliche Wirksamkeit auszuüben, ohne die eigenen Kräfte am Schreibtisch zu verbrauchen. Es entstand eine Reihe Interviews, die nachzulesen sich wirklich lohnt. Wer heute im Gestrüpp bildungspolitischer Reformen und Restaurationen keinen Durchblick mehr findet, der hole sich Klarheit in den Aussagen des Bildungsrates und seines früheren Vorsitzenden, der nach Übergabe des „Strukturplanes“ sagte: „Das gesamte System von Erziehung und Ausbildung muß reformiert werden: von der Elementarerziehung im Kindergarten bis zur organisierten Weiterbildung der Erwachsenen. Alles soll stärker auf den Gedanken der Förderung statt der Auslese abgestimmt werden.“ Weiter meinte Erdmann: „Gewiß wird das bisherige dreigliederte Schulsystem aufhören zu existieren.“ Schließlich endete er: „Das ist der letzte Versuch. Wenn es dem Planungsausschuß innerhalb eines Jahres nicht gelingt, eine verbindliche bildungspolitische Konzeption für die Bundesrepublik zu entwickeln, dann allerdings bin auch ich der Überzeugung, daß man an eine Verfassungsänderung herangehen muß.“ Dazu gehörte als Eventualität tatsächlich die Einrichtung eines Bundes-Kultusministeriums oder jedenfalls „erweiterte Zuständigkeiten des Bundes für das Bildungswesen“.

Rückblickend wird immer deutlicher, welche bildungspolitische Sternstunde im Übergang zu den siebziger Jahren vertan wurde. Freilich hing diese historische Chance an der politischen Möglichkeit einer großen Koalition, die allein alle

notwendigen verfassungsändernden Mehrheiten gebracht hätte. Ist diese Stunde nun schon gänzlich vorüber? Ist alles vertan und nur noch ein Gegenstand historischer Betrachtungen? Hat Bildungspolitik in dieser großen Dimension keine politische Basis mehr?

Vielleicht ist es ein zu großer Sprung von dieser bildungspolitischen Frage in Probleme der Geschichtswissenschaft. Aber Erdmann hat solche Sprünge nicht gescheut. In seinem Aufsatz über die „Zukunft als Kategorie der Geschichte“ heißt es: „Einige Voraussetzungen des Handelns werden sich aus einer prognostischen Analyse demographischer, ökonomischer, soziologischer und technischer Entwicklungstendenzen ergeben.“ Aber: „Das Entscheidende bleibt zuletzt, was wir selbst sein können und werden.“ Die Geschichte, so meint Erdmann, erschließe „ihren Sinn nicht, wenn ich aus ihr heraustrete und sie anschau. Ihren Sinn kann ich nur vernehmen, indem ich mich ihr stelle. Hier ist also die Frage nach dem Sinn der Geschichte auf den Menschen in der Geschichte zurückgeworfen: Da siehe du zu!“ In diesem evangelisch-theologischen Anklang liegt ein Leitmotiv Erdmannschen Denkens, das sich bis zu dem großen Aufsatz über Arnold Toynbee (1951) zurückverfolgen läßt; „Wie tief man auch mit dem Senkblei in die Historia abscondita hinablotet, der Grund, auf dem es landet, sind wir selber, und am Ende auch dieser historischen Bemühung um den Sinn kann es wieder nur heißen: Da siehe du selber zu!“ Die Frage nach dem Sinn der Geschichte und nach der Zukunft unserer Gesellschaft wie der Menschheit ist also zugleich und vor allem die Frage nach der Bewährung des einzelnen in Wissenschaft und Politik.

Das alles gilt in besonderem Maße für die Frage des vorigen und unseres Jahrhunderts nach Nationalstaat, Nationalität und Universalstaat. So fragte Erdmann in der Jahrhundertmitte nach der Lektüre Toynbees: „Ist der Universalstaat der einzige Ausweg aus dem gegenwärtigen Chaos oder bleibt noch eine andere Lösung?“ Er antwortete 1955, im Jahr der „Grundsatzserklärungen“ von Bonn und Kopenhagen:

„Heute, nach der schrecklichen Vereinfachung der europäischen Völkerkarte, besteht das Problem einer nationalen Ordnung im allgemeinen nicht mehr darin, das Zusammenleben deutscher und nichtdeutscher Nationalitäten in einem Staate zu ermöglichen. Das Nationalitätenproblem kehrt jedoch auf höherer Ebene wieder in dem Maße, in dem die europäischen Staaten politisch zusammenwachsen. Wenn irgendwo, so läßt sich wohl aus der Betrachtung der deutschen Gesamtgeschichte die Erfahrung gewinnen, daß es eine politische Loyalität höherer Ordnung geben muß als die nationale, daß aber zugleich die Basis für den Bestand dieser politischen Ordnung in Europa der Respekt vor dem unabdingbaren Eigenrecht jedes einzelnen Volkes auf autonomes, individuelles Dasein ist.“

Karl Dietrich Erdmann war den Menschen diesseits und jenseits der Grenze in den zwanzig Jahren seither immer wieder behilflich, der schwierigen Lösung dieses großen Problems näherzukommen: in Apenrade und in Flensburg, in Kopenhagen und in Kiel, nicht zuletzt auch in den Spalten der „Grenzfriedenshefte“.

NEUE SCHLESWIGSCHE LITERATURBRIEFE

1 / 1975

Was die Nachbarn von der Politik halten

In Dänemark erschienen jüngst zwei Bücher. Das eine aus der Feder eines prominenten Sozialdemokraten (Jens Otto Krag: Dagbog 1971—1972), das andere aus der Feder eines konservativen Politikers (Poul Møller: Politik paa Vrangen), es sind also die „Tagebücher“ Krags und Møllers „Kehrseite der Politik“. Beide Bücher zeigen das Phänomen „Politiker“ aus verschiedensten Blickwinkeln. Während Jens Otto Krag, zweifelsohne ein Politiker von europäischem Rang, sehr privat schreibt, sehr sensibel wirkt und sich in die erste Reihe der glänzenden impressionistischen Schriftsteller seines Landes stellt, wirkt das Buch von Poul Møller fast als Lehrbuch der Politik und, man gestatte, fast als ein Buch, das an den Typus einer einschlägigen deutschen Publikation erinnert. Wir möchten unseren Lesern diese beiden Bücher charakterisieren durch einige Zitate, indem wir auf eine Würdigung verzichten, weil diese die genaue Vertrautheit des deutschen Lesers mit den ungezählten Details dänischen innenpolitischen Lebens von heute voraussetzen müßte und somit den Umfang einer Rezension weit überschreiten würde.

Hans PeterJohannsen

K r a g — sehr privat:

„Holte Helle beim Friseur, kaufte Oberhemden (es war sehr nötig) und frühstückte bei Coq d'Or.

Um 15 Uhr kam K. B. Andersen mit Gefolge nach dem Egernweg. Die nächste Annonce wurde fertig gemacht und das handschriftliche Plakat genehmigt. Meine Versammlungstournee wurde mit allen Details festgelegt. Helle servierte Tee und Buttersemmeln. Die Parteigenossen wirken immer sehr erstaunt, wenn sie Tee bekommen.“

K r a g — sehr politisch nach einer Bemerkung über Hilmar Baunsgaard:

„Was ist ‚volklische Politik‘ (‚folkelighed‘)? Wenn Hilmar Baunsgaard Staatsminister in enger Zusammenarbeit mit Poul Sørensen und Ninn-Hansen wird, d a n n ist das volklische Politik. Aber wenn ich eine nicht-exklusive und teilweise Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Volkspartei betreibe, dann ist das nicht-volklische Politik.“

Krag — melancholisch:

„Etwa zehn Menschen beim Empfang. Viele Fragen von Technischer Schule und Pflegeheim bis zu individuellen Pensionen und Rückzahlungen. Es stand sogar ein Mann auf und bedankte sich bei mir, weil ihm geholfen worden war. Wie selten ernten Politiker Dank, bevor sie im Grabe liegen.“

Krag — sehr dänisch:

„Im Flugzeug nach Tirstrup 11.35 Uhr. An einem regenerischen, matschigen, mit Schnee vermischten, neblig-weißen Wintertag wie heute kann man so recht den niedrigen und flachen Inselcharakter des dänischen Landes erkennen. Das nasse Milieu des Meeres umgibt uns. Die Atmosphäre ist hellgrau, fast weiß. Alles ist weich und optimistisch; mit einer Zusage von Sonne dahinter und Farben voran. Frühjahr! Die Aussicht aus dem kleinen Kabinfenster erinnert an die Aussicht von der obersten Etage des Saga-Hotels auf Island. Eigentlich schade, daß Island und Dänemark nicht zusammenbleiben konnten. Die beiden Völker ähneln und schmücken einander ...“

Krag in Bonn

„Ich ging am Rhein entlang. Es ist fast Frühling. Der Rhein, den Bonde Henriksen eine Kloake nennt, war blau. Die Sonne brach durch den Dunst hervor. 17.35 Uhr. Lese den schwierigen deutschen Text. Frühstück beim Botschafter und seinen tüchtigen Mitarbeitern. Bummel mit Bonde Henriksen durch die Geschäftsstraße in Bonn. Kaufte Schallplatten: Schuberts Streichquartette und Mozart (Oboe), besuchte wieder eine Buchhandlung, Bonde Henriksen schenkte mir Lenz: ‚Deutschstunde‘, südschleswiger Roman über Nolde ...“

*

Møller — sehr ironisch:

„Wenn es einem Parteivorsitzenden gut ergehen und wenn er sich eine längere Periode hindurch an der Spitze halten soll, ist es eine notwendige Bedingung, daß er keine eigene Meinung äußert. Die Rücksicht auf die Einheit der Partei muß voll und ganz jegliche eigene Meinung überschatten ... Nur die Partei und ihre Platzierung im Verhältnis zu anderen Parteien ist von Bedeutung und muß für den großen Parteivorsitzenden von Bedeutung sein ...“

Møller über Erhard Jacobsen:

„... Was größeren Geistern in anderen Parteien mißlungen war, zum Beispiel L. V. Birk und Christmas Møller, das gelang Erhard [Jacobsen]. Er schlug um sich,

so daß Anker Jørgensen die Macht über das Reich und vielleicht eines Tages über die Partei verlor. Das war mutig, und das war dreist. Und es war lebenserneuernd für unsere Demokratie, wenn auch seine Partei anscheinend nicht zu einer intellektuellen Gärung beiträgt ... “

Møller — sehr ernst:

„Es ist deshalb nicht die Frage, ob mit den Parteivorsitzenden etwas nicht in Ordnung ist. Vielmehr fragt es sich, ob etwas mit dem Parteiensystem nicht stimmt, das einen Zusammenhalt zwischen den Menschen fordert, die selten etwas bindet...“

Møller auf Gratwanderung:

„Eine Wahl bedeutet nicht nur stimmen und zwischen Parteien wählen. Eine Wahl ist auch eine Frage von Personen. Und das ist nicht und wird hoffentlich nicht gleichgültig werden. Nach der Verfassung, die keine Parteien kennt, ist die Wahl der Persönlichkeit das Wichtigste ...“

ZUFLUCHT *(auf Hallig Habel)*

*Gebeizt ist meine Haut von Salzkristallen,
die Zunge klebt in ekler Bitterkeit,
und Bruder bin Polypen ich und Quallen.
Wo ist die Zeit?*

*Am Rocken spinnt Penelope seit Jahren.
So roch der braune Tang, als ich ein Kind.
So blaute Himmel, als wir ausgefahren
mit gutem Wind.*

*Das wilde Meer fraß meiner Nympe Gaben,
an seinen Klippen ist mein Boot zerschellt,
der Not Gefährten wurden drin begraben ...
Leer ist die Welt.*

*Laß nun des Styx Gewässer wieder rauschen!
Müd' ist die Seele und der Körper matt.
Nochmals Vergessen um dies Dasein tauschen?
Ich bin es satt ...*

*Jäh schreckt mich auf des Übermuts Gelächter —
Sind's die Gespielen der Nausikaa — ?
Ach, buntgefiedert, kreischt der Insel Wächter.
Kein Mensch ist nah.*

*Enttäuscht will ich zurück ins Dämmern sinken.
Schon tönt auf ihrem Silberhorn Selene.
Da seh das Meer wie Helm und Speer ich blinken:
Pallas Athene!*

Horst Schwarze

Parlamentarier-Gremium für Fragen der deutschen Minderheit in Nordschleswig von CDU und SPD vereinbart

Die Landtagsfraktionen von CDU und SPD haben Anfang Februar die Bildung eines Gremiums zur regelmäßigen Erörterung aller die deutsche Minderheit in Nordschleswig betreffenden Fragen vereinbart. Diesem werden vier Vertreter der CDU-Landtagsfraktion (darunter der Landtagspräsident), drei Vertreter der SPD-Fraktion, je ein schleswig-holsteinischer Bundestagsabgeordneter der im Bundestag vertretenen Parteien sowie vier Vertreter des Bundes deutscher Nordschleswiger angehören. Vorsitz und Geschäftsführung liegen beim Landtagspräsidenten.

Das Gremium wird mindestens zweimal jährlich abwechselnd in Schleswig-Holstein und in Nordschleswig tagen.

Für die CDU sind als Mitglieder die Landtagsabgeordneten Dr. Uwe Barschel, Dr. Egon Schübeler, Günter Friedrich sowie Landtagspräsident Dr. Helmut Lemke benannt worden, für die SPD die Landtagsabgeordneten Kurt Hamer, Heinz Klinke und Heinz Lund. Als Bundestagsabgeordnete gehören dem Gremium für die SPD Walter Suck an, für die FDP Uwe Ronneburger und ein CDU-Abgeordneter.

Der Bund deutscher Nordschleswiger wird vertreten durch die Mitglieder des Kontaktausschusses in Kopenhagen: Harro Marquardsen, Arthur Lessow, Dr. Paul Koopmann und Generalsekretär Peter Iver Johannsen.

*

Der Hauptvorstand des Bundes deutscher Nordschleswiger hat die Tatsache begrüßt und dankbar zur Kenntnis genommen, daß die Fraktionen der CDU und SPD sich darauf geeinigt haben, unter dem Vorsitz von Landtagspräsident Dr. Helmut Lemke ein Gremium für Fragen der deutschen Minderheit zu bilden. Damit sind die jahrelangen Bemühungen der deutschen Minderheit von Erfolg gekrönt, einen „Kontaktausschuß“ zum Schleswig-Holsteinischen Landtag zu erhalten, der durch die Wahl des Landtagspräsidenten zum Vorsitzenden auch politisch aufgewertet worden ist. Wohltuend ist in diesem Zusammenhang, daß CDU und SPD, die sich ja in den Nordschleswig-Fragen nicht immer auf gleicher Welle befunden haben, sich auf dieses Gremium verständigen können und die Fragen der Volksgruppen damit aus dem innenpolitischen Streit herausgenommen werden. Die deutsche Minderheit bekommt jetzt, was die dänische Minderheit in Kopenhagen schon seit Jahren hat: einen direkten Kontakt

zum Parlament, wobei allerdings dieses Gremium im Gegensatz zum Sechsmann-Ausschuß des Unterrichtsministeriums und zum „Sønderjyds Udvalg“ des Folketings ohne direkte finanzielle Befugnisse ist.

Für die deutsche Minderheit – daran soll kein Zweifel bestehen – ist dieses Kontakt- und Beratungsorgan politisch von großer Bedeutung, weil dieses Gremium endlich die Möglichkeit schafft, auch den Kontakt zum Landtag zu intensivieren, ein Mangel, der sich trotz bester Kontakte zu den Regierungsstellen oft deutlich ausgewirkt hat. Besonders erfreulich ist dabei zu vermerken, daß der „Kontaktausschuß“ einmal im Jahr in Nordschleswig tagen wird und daß er durch die Einbeziehung der schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten in seiner Wirkung auch über Kiel hinausreicht, wodurch auch die Mitarbeit der FDP gewährleistet ist.

Von den Landtagsfraktionen ist nur der SSW, die politische Partei der dänischen Minderheit, nicht vertreten. Nach einem Bericht in „Flensburg Avis“ ist dem SSW die Mitgliedschaft zwar angeboten worden, aber der SSW hat abgelehnt. „Es handelt sich um das interne Zusammenarbeits-Verhältnis zwischen der deutschen Minderheit in Nordschleswig und den deutschen Parteien. Damit ist unterstrichen, daß dieses Gremium nur Fragen der deutschen Minderheit behandeln kann“, sagte dazu Karl Otto Meyer in „Flensburg Avis“. Der SSW-Vertreter hält sich damit an die Linie, die auch für Jes Schmidt in Kopenhagen gilt: Keine Einmischung in die Angelegenheiten der anderen Minderheit.

„Der Nordschleswiger“, vom 6.2.1975

STANDPUNKT • STANDPUNKT • STANDPUNKT

Unter der Rubrik „Standpunkt“ veröffentlicht der „Nordschleswiger“ seit einiger Zeit Meinungsäußerungen aus den Reihen der deutschen Volksgruppen zu Grundsatzfragen ihrer Existenz, die besonders durch die Wahl ihres Folketings abgeordneten Jes Schmidt im sogenannten „Huckepackverfahren“ (Hilfestellung durch die dänische Partei der Centrum-Demokraten) ausgelöst worden sind. An die Frage nach der politischen Zweckmäßigkeit der – begrenzten – Zusammenarbeit mit einer dänischen politischen Partei werden allgemeine Erwägungen und Betrachtungen geknüpft, die Existenz- und Arbeitsbedingungen der Volksgruppe betreffen, die auch über sie hinaus von Interesse sind.

Es werden darum nachstehend kurze Auszüge aus vier dieser Stellungnahmen gebracht, die die ganze Breite der Auffassungen um die Aufgabenstellung der Volksgruppe widerspiegeln, aber auch, wie schwer es sein wird, diese breite Palette der Meinungen auf einen Nenner zu bringen und zu einem zeitgemäßen

„Gruppenbild“ der deutschen Nordschleswiger von heute zusammenzufügen.

Die Red.

Dr. Paul Koopmann

KONSEQUENZEN ... ?

Die Zeit hat sich gründlich gewandelt. Die Dezemberwahl 1973 und die Januarwahl 1975 haben wahrscheinlich eine neue Phase in der Geschichte der dänischen Demokratie eingeleitet. Beide Wahlen zeichneten sich durch extrem hohe Wahlbeteiligungen aus. Jeder Wähler fühlte sich angesprochen. Auch unsere. Das ist grundsätzlich neu. Wir wurden primär als Staatsbürger angesprochen, nicht so sehr als Angehörige der Minderheit. Und das zeigte sich deutlich im Wahlergebnis. 1973 wurde die Anzahl der Parteien im Ting verdoppelt – eine Sensation! Mit einem Worte: das dänische Wählervolk ist im Aufbruch!

Und was hat das für uns zu bedeuten? Auch wir befinden uns mitten in diesem Aufbruch. Das, glaube ich, übersehen manche. Unsere Wähler verhalten sich nicht wie noch 1968 und 1971. Die ökonomischen Fragen drängen sich einfach übermäßig stark in den Vordergrund. Praktisch heißt das, daß wir seit 1970 die großzügige Kommunalreform mit ihren vielen Folgeerscheinungen mitsamt den sozialen Reformen des letzten Jahrzehnts über den Steuerbescheid zu begleichen haben. Wenn heute jeder normale Arbeitnehmer oder Lohnempfänger mit mindestens 40 % seines steuerpflichtigen Einkommens zur Kasse gebeten wird, dann will er an der Quelle mitbestimmen. Und das heißt : im Parlament !

Wir haben, so meine ich, aus der gegebenen Situation das Beste gemacht. Wir haben mit unseren sparsamen Kräften richtig gehandelt und sie auch richtig eingesetzt. Im Dezember 1973 entsandten wir einen eigenen und einen deutschen Vertreter ins Ting und konnten diese Prozedur zur großen Überraschung der meisten Wahlstrategen wiederholen.

Daß wir dann die Erkenntnis machen mußten, daß wir mit unseren politischen Stimmen keine Heerschau mehr, wie ehemals, veranstalten können, ist nach 55 Jahren in Dänemark auch völlig überflüssig. Wir wollen nicht jede Wahl zu einem Plebiszit der Minderheit machen.

Wir leben — und damit basta!

Wenn wir heute keine Grenzrevision auf unser Panier schreiben, dann wissen wir seit dem Dezember 1973 genau, w.e. wir anstreben: Unsere Lebensbedingungen als Minderheit nach allen Seiten hin zu verbessern und zu verankern. Darum ist es klar, daß wir heute verstärkt die politische Vertretung im dänischen Reichstag aus der Verpflichtung vor unserer 55jährigen Geschichte in Dänemark, aus der Verantwortung vor unserer Heimat Nordschleswig und aus der Verbundenheit mit all dem, was wir als Grenzlandproblematik insgesamt betrachten, gewährleistet

haben möchten. Nur in Kopenhagen können wir mit klarer Stimme sprechen, nicht im Amtsrat oder in unseren Kommunalräten.

K. O. Meyer hat uns in „Flensburg Avis“ vorgehalten, daß wir den Integrationsprozeß – also die Beteiligung der deutschen Nordschleswiger am vollen politischen Leben im dänischen Staat – falsch führen. Seine Begründung: Es wäre natürlicher gewesen, mit einer der alten Parteien und nicht mit einer Ausbrecherpartei zu koalieren. Unsere Antwort : Dazu gehören immer noch zwei! Was wir tun müßten, wäre eine politische Arbeit zwischen unseren Wählern, dem Abgeordneten und dem Generalsekretariat einzuleiten. Aus den zu stark betonten administrativen Problemen müßten wir verstärkt zu einer unmittelbaren Willensbildung bei unseren Mitgliedern kommen. Das haben wir in den letzten Jahren, vielleicht in allzulanger Zeit nicht ausreichend leisten können. Die Quittung haben wir deutlich genug erhalten. Seit dem Dezember 1973 haben wir wohl den Kontakt zu den Wählern gefunden, haben ihn aber nicht in eine Wechselwirkung umfunktionieren können. Das tut not. Dazu aber müßte unsere Basis stärker aktiviert werden, und in diese Richtung müßten unsere Überlegungen gelenkt werden. Reden, darüber sinnieren kann man leicht.

Uwe-M. Troppenz

DEUTSCH IST KEIN PROGRAMM

Gedanken eines „Zugereisten“

„Konsequenzen ...?“ hieß der erste Beitrag in der neuen Diskussionsreihe des „Nordschleswigers“. Dr. Paul Koopmann schnitt da ein Thema an, das in seiner Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, weil es nicht nur Wahlanalyse ist, sondern an den Grundfesten der deutschen Minderheit in Dänemark rührt.

Einem „Zugereisten“ ist schon aufgefallen, daß die Volksgruppe Selbstidentifizierungs-Schwierigkeiten hat, die sich besonders in der Jugend bemerkbar machen. Deutsch zu wählen, weil man deutsch ist – das genügt nicht nur der Jugend nicht mehr, sondern läßt auch schon die Älteren zweifeln. Deutsch – welchen politischen Stellenwert hat das? Deutsch – kann man das essen? Der Arbeitslose und der von der Steuerschraube gedrückte Landsmann werden sich diese Frage stellen. Eine kritische, andererseits aber noch durchaus begeisterungsfähige Jugend fragt weiter: Was bedeutet ein Bekenntnis zum Deutschtum heute im europäischen Kontext, in der politischen Landschaft, die wir vorfinden?

Dr. Koopmann hat recht, wenn er sagt, daß Unzufriedenheit, Resignation und

Laissez faire die Dinge nicht ändern, sondern eher eine womöglich negative Richtung der Entwicklung beschleunigen.

In einem muß Dr. Koopmann widersprochen werden: „Wir leben – und damit basta!“ sagt zu wenig über die neuen Ziele aus, die die Minderheit anvisieren muß. Diese Ziele bestehen m. E. in einer neuen Definition des Deutschseins, die zu einer rational begründbaren Selbstidentifikation führen soll, in einer sich daran anschließenden Politisierung der Volksgruppe sowie in einer zu schaffenden konkreten Programmatik, die nicht da und dort ad hoc Probleme aufgreift, sondern eine Generallinie hat, von der sich die Einzelaussagen ableiten. Was fehlt, ist der Background einer in sich gefestigten politischen Anschauung, die das tagespolitische Improvisieren ablöst und die Umorientierung eines bedeutenden Teils der Volksgruppe zu anderen weltanschaulich bewußten Organisationen verhindert. Agieren, nicht reagieren! Die Hoffnung auf Gelder aus Bonn und Kiel, die Genugtuung über die Großzügigkeit der einen und die Enttäuschung über den die Prioritäten nicht erkennenden Querschuß der anderen, die Huckepackpolitik mit dänischen Parteien, die das nächstmal wohl ein Umsatteln nötig macht – das alles ist begreifbar und sicherlich zur Zeit das einzig Mögliche, es ersetzt aber nicht die Arbeit an uns selbst, es ersetzt nicht die zu aktivierende Wechselwirkung zwischen der eigenen Organisation und der Basis.

Diese Zeichen der Zeit verlangen ein Umdenken, ein Neudenken. Das heißt weder das abschätziges Was-solls-noch und schon gar nicht rückwärtsgerichtete, uneinsichtige Verhärtung. Vielmehr müssen wir uns die Positionen klarmachen, die zu beziehen sind.

Und dabei, so scheint es mir, hat eine intakte Minderheit gerade heute gute Möglichkeiten. Drei entscheidende Säulen stützen das Gebäude:

1. betonte Volkstumspolitik;
2. die europäische Dimension;
3. die soziale Komponente –

wobei natürlich auch eine andere Priorisierung vorgenommen werden könnte. Auch die Forderung nach der ideellen Verbindung der Volksgruppenexistenz mit der europäischen Entwicklung und der sich daraus ableitenden politischen Arbeit liegt auf dem Tisch. Kurz: die Erkenntnis des Sinns, der in der Erhaltung der Volksgruppen zur Erhaltung der Vielfalt kultureller Strömungen in Europa notwendig ist.

Doch derartige Proklamationen, so wichtig sie sind, stehen im luftleeren Raum, wenn sie nicht mit hautnahen Überlegungen gekoppelt sind. Gemeint ist die soziale Problematik. Besonders hier – wie schon einleitend bemerkt – zeigt sich die Ohnmacht, die sich aus der These „Ich bekenne mich deutsch, weil ich deutsch bin“ zwangsläufig ergibt. Hier ist der Prüfstein für die Existenzberechtigung der Volksgruppe, hier ist die Ursache zu suchen für die Abwanderung vieler Wähler.

Ein sozialpolitisches Programm würde dem Wähler die Gewissensqualen – deutsch oder politisch – beseitigen. Nicht nur die Rentenfrage für Deutsche, sondern ein eigenes Konzept zur Wirtschafts- und Steuerpolitik, zu Strukturproblemen, klare arbeiterfreundliche Aussagen, verstärkte Diskussionsbereitschaft vor allem auch mit jugendlichen „Renegaten“ sowie klärende, selbstkritische Versammlungen und Diskussionsabende auch zwischen den Wahlen könnten die Argumentationsbreite und die personelle Basis wesentlich erweitern, könnten der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig einen neuen, festeren Halt geben. Und das soll doch nicht nur ein „frommer Wunsch“ bleiben, nicht wahr?

*

Dieter Wernich

HABEN WIR NOCH EINE CHANCE?

Dieser Frage begegnete man in der vergangenen – politisch bewegten – Zeit immer häufiger in der Volksgruppe. Natürlich kann man über die Berechtigung dieser Fragestellung überhaupt eingehend diskutieren.

Ich glaube, daß die Auffassung des Nationalen seit den zwanziger Jahren tatsächlich in einer für die nationalen Minderheiten oder Volksgruppen recht wesentlichen Wandlung begriffen ist. Man fragt sich oft, ob dies bei der Festlegung einer Zielrichtung für die Minderheitenarbeit genügend berücksichtigt wurde. Die Relativierung in der Auffassung des Nationalen, die ohne Zweifel vonstatten gegangen ist, hat für die Betrachtungsweise bezüglich der Fortexistenz der Minderheiten sicher eine große Rolle gespielt.

In dieser Verbindung scheint mir unser Selbstverständnis – man spricht auch von „Identität“ – und unsere Bemühung um Integration in die dänische Gesellschaftsordnung doch von recht großer Bedeutung zu sein. Unsere Bemühung um Integration war ohne Frage die eben hinter uns liegende Folketingswahl. Sie hat uns gezeigt, daß Integration in dieser Form, wenn es eben – wie bei einer Minderheit meistens – auch um Identität geht, nicht ganz problemlos ist.

Es fragt sich, ob dieser erste Schritt der Integration nicht bedeutet, daß dies auf lange Sicht eine völlige Integration unserer Wähler in die dänische Politik – sprich Parteien – auf Landesbasis zur Folge hat.

Um so wichtiger ist es, daß unsere Vertreter in Kopenhagen – nach Abwarten der Landtagswahl in Schleswig-Holstein – mit allem Nachdruck auf eine völlig neuartige untraditionelle Vertretung der Minderheiten hinarbeiten.

Es kommt jetzt darauf an, daß wir unsere Arbeit in den eigenen Reihen nicht nur auf politischem, sondern auch auf kulturellem Gebiet verstärken. Hier ergibt sich

dann natürlich die Frage nach einer Zielsetzung der Volksgruppe. Darf man diese Frage eigentlich stellen? Fehlt die große politische Linie? Ist es mit der Parole „Kleinarbeit“ getan? Ist es genug, zu sagen: Wir leben – und damit basta? Reicht für die Volksgruppe das Ziel Selbsterhaltung, Integration, Brückenfunktion Nord-Süd aus? Soll sich die Volksgruppe über ihre unmittelbaren Interessen und Belange hinaus mit gesellschaftspolitischen Fragen und Gegebenheiten beschäftigen?

Die Möglichkeit einer Brückenfunktion ist schon lange erkannt und wird täglich durchgeführt und soll nicht unterschätzt werden. Aber überschätzen wir nicht vielleicht unsere Möglichkeiten, bzw. die uns gegebenen Möglichkeiten, wenn es um zwei Länder bzw. Staaten geht? Verliert die „Brückenfunktion“ einer Minderheit auf dieser Ebene nicht auch an Gewicht, je selbstverständlicher zwei Länder auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet miteinander umgehen? Um so wichtiger ist es, daß wir uns auf unsere eigenen Möglichkeiten besinnen. Sicher liegen diese am stärksten auf kulturellem und politischem Gebiet hier im Landesteil. – Zum Schluß möchte ich aufgrund obengenannter Fragestellungen einige Gedanken evtl. Anregungen geben.

1. Die Volksgruppe sollte über ihr traditionelles Kulturprogramm hinaus stärkere Verbindung mit geistig- und gesellschaftspolitischen Kräften im Süden aufnehmen, um hier den Anschluß nicht zu verlieren.
2. Vielleicht wäre es auch zu erwägen, ob eine Möglichkeit gegeben ist, mit Ostdeutschland – über die gesellschaftlichen Gegensätze hinweg – auf kulturellem Gebiet über Kontakte zu sprechen.
3. In stärkerem Maße auf das tragische Schicksal der Spaltung Ost-Westdeutschland hinweisen. Die Fragen, die dieses Thema berühren, stärker in unser kulturelles Programm aufnehmen. Beim „anderen“ Landsmann um Verständnis werben.
4. Mehr Kontaktaufnahmen zu anderen deutschen Minderheiten zwecks Gedankenaustausches.
5. Verstärkte Kontaktaufnahme auch zur dänischen Minderheit, da ohne Zweifel auch gemeinsam interessierende Fragen anliegen.
6. Die Jugendarbeit auch auf sozialem Gebiet einleiten. Genau wie der dänische Nachbar zu neuen Formen kommen – Ungdomsborgen, Ungdomsskolen.
7. Die Jugend über die Anliegen und Probleme der Minderheit hinaus mit gesellschaftspolitischen Fragen vertraut machen.
8. Auf kulturellem Gebiet stärker eigentätig sein.
9. Die Außenstehenden in der Minderheit stärker zur Mitarbeit heranziehen – auch wenn sie manchmal anderer Meinung sind.
10. Die Bemühungen um die „Demokratisierung“, sprich „Mitbestimmung“, auch innerhalb der Minderheit stärker zum Tragen kommen zu lassen.

Wir müssen aufs äußerste bemüht sein, alle, auch die abseitsstehenden Kräfte, in der Volksgruppe zu sammeln. Dies müßte, soweit es die Verhältnisse zulassen, nur unter dem Vorzeichen der Mitbestimmung geschehen, da die Angesprochenen sonst die Lust zur Verantwortung verlieren. Dazu gehört auch, daß auch andere Anschauungen und Meinungen respektiert werden und unter Umständen zum Tragen kommen. Die Stärke einer Volksgruppe und deren Führung liegt darin, wieweit sie Andersdenkenden und evtl. der sogenannten Opposition Gelegenheit gibt, in angemessener Form ihre Meinung zu äußern.

*

Kurt Seifert

EINE MINDERHEIT

INNERHALB DER DEUTSCHEN VOLKSGRUPPE

Bei nunmehr zwei Folketingswahlen stand ein deutscher Nordschleswiger auf der Liste einer dänischen Partei. Zweimal mußten die Mitglieder der Volksgruppe entscheiden, ob sie dem deutschen Kandidaten ihre Stimme geben sollten oder nicht. Viele taten es nicht. Folgende drei Begründungen glaube ich, den anderen überordnen zu können:

1. Ich lehne die Teilnahme der Schleswigschen Partei an Folketingswahlen ab, und wende mich somit auch gegen die Aufstellung auf einer dänischen Liste.
2. Ich lehne die Zusammenarbeit mit einer dänischen Partei (egal welcher) prinzipiell ab.
3. Ich lehne die Partei Zentrum-Demokraten ab – und wähle lieber nach meiner allgemein-politischen Überzeugung.

Diese drei Gründe haben entschieden prinzipiellen Charakter.

Wer aus dem unter 3. genannten Grunde dem deutschen Kandidaten seine Stimme versagte, wird entweder Glistrup oder eine Partei „links der Mitte“ gewählt haben.

Wer die Berufsstruktur der Volksgruppe kennt, weiß um das Übergewicht an Landwirten und den Unterschluß an Arbeitern – und damit potentiellen „Linkswählern“. – Gerade diese „schiefe“ Berufsstruktur und der Mangel an Jugendlichen (vor allem an den Jugendlichen, die nach der Schule ins Berufsleben – Lehre, Arbeit – gegangen sind) macht ja die Zukunft der Volksgruppe zu einem großen Fragezeichen. Unser kulturelles und auch unser politisches Angebot sind nicht auf diese Bevölkerungsgruppe zugeschnitten.

In der politischen Ebene dürfen wir uns den Weg zu dieser Bevölkerungsgruppe nicht dadurch verbauen, daß ein deutscher Folketingsabgeordneter vorwiegend bzw. nur für Anhänger bürgerlicher Politik wählbar ist. Das kann verhindert werden, wenn Jes Schmidt sich im Parlament nur für deutsch-

nordschleswigsche Anliegen einsetzt und sich in Dinge wie Regierungsbildung usw. nicht einmischt. – Das mag für Jes Schmidt, einem Mann mit eigenen politischen Ansichten, nicht ganz einfach sein. Genauso schwer wird es aber für mich, ihm meine Stimme zu geben, wenn die obige Neutralität nicht gewahrt bleibt. In dieser Situation muß die Mehrheit sich der Minderheit beugen – wenn sie die Angehörigen dieser Minderheit nicht verlieren will. Allerdings beurteile ich die Chancen für eine solche Rücksichtnahme auf eine relativ kleine Gruppe als äußerst gering – zumal wir hier (traditionsgemäß?) eine etwas passive „Opposition“ vor uns haben. Es sei denn, daß die sozialdemokratisch/sozialistisch Gesinnten innerhalb unserer Gemeinschaft sich zum Meinungsaustausch zusammenfinden – um eventuell auch gezielten Einfluß auf die Volksgruppenpolitik auszuüben.

Dieser Gedanke mag viele abschrecken. Er riecht nach Spannungen, Konflikten und Spaltung. Diesen Geruch hat keiner gerne. Vergessen wir aber nicht, daß es für uns immer noch besser ist, wenn wir innerhalb der Gemeinschaft eine geeignete Form der Auseinandersetzung finden, als wenn wir Leute — die im Grunde am Erhalt der Volksgruppe interessiert sind — nach außen verlieren. Ich stelle es zur Diskussion.

Man darf gespannt darauf sein, ob ein solcher Gedanke auch Befürworter finden kann; um ablehnende Stellungnahmen brauche ich mich wohl nicht zu sorgen. Tatsächlich kann man ja wohl auch geteilter Meinung sein darüber, ob allgemeinpolitische Fragen in die Volksgruppe hereingetragen werden sollen. – Das fällt nur denjenigen nicht so auf, die mit der eingeschlagenen Richtung einverstanden sind. Hier wird völlig ignoriert, daß in unserer Gesellschaft schichtenbedingte Interessenunterschiede vorhanden sind.

Ein vergessenes Kapitel

In memoriam Friedrich Bauer (1885–1975)

Am 21. Januar ist in seiner Heimatstadt Kiel Friedrich Bauer im 90. Lebensjahr nach einem kurzen Krankenhausaufenthalt gestorben und hat dort auf dem „Eichhof“ seine letzte Ruhestatt gefunden. Er war der letzte noch Lebende des Drei-Männer-Gremiums, in dessen Händen auf deutscher Seite die Führung des Abstimmungskampfes in seiner letzten Phase – vor allem in der 2. Zone mit Flensburg als zentralem Mittelpunkt – lag. Er gehörte diesem Gremium als Vertreter der Flensburger Arbeiterschaft an – neben Dr. Köhler als Repräsentant des Deutschen Ausschusses und Dr. Karl Alnor als dem Vertrauensmann des Schleswig-Holsteiner-Bundes.

In Friedrich Bauers langem und wechselvollem Leben war diese Zeit – er lebte im und wirkte für das Grenzland nur etwas mehr als zwei Jahre, vom April 1919 bis in den Herbst 1921 – nach Jahren gerechnet, nur eine kurze Spanne. Aber *welche* Zeit war es für ihn und für uns, die wir sie miterlebt haben. Im Jahre 1962, also vier Jahrzehnte später, hat Friedrich Bauer diese Zeit und sein Wirken in ihr in den Grenzfriedensheften unter der Überschrift „Ein vergessenes Kapitel“ lebendig geschildert. Im Nachhinein will mir scheinen, daß dieser Titel nur zur Hälfte stimmt. Nach vierzig Jahren des Fernseins waren Friedrich Bauer und das, was er politisch gewollt und an Zukunftsweisendem angeregt und begonnen hatte, einfach vergessen. Selbst aus meinem Gedächtnis waren „Frieich“ – so sein Name unter den ihm Befreundeten – und seine entscheidende Rolle während der Abstimmungszeit und kurz danach einfach verschwunden, ein vergessenes Kapitel. Für ihn selbst aber war es das nicht; denn über diese vier Jahrzehnte der Abwesenheit aus dem Grenzlande hatte er über alle Fährnisse hinweg seine schriftlichen Unterlagen aus dieser Zeit beisammengehalten und gerettet. Sein Denken und Handeln in diesen zwei Flensburger Jahren waren für ihn durchaus kein vergessenes, aber ein abgeschlossenes Kapitel, diese Zeitspanne erschien in den Gesprächen mit ihm als „besonnte Vergangenheit“.

Es sei hier in die Erinnerung gerufen, was im Grenzfriedensheft 3/1962 zu dem „Vergessenen Kapitel“ gesagt worden ist: Als 1950 der „Grenzfriedensbund“ gegründet wurde, wußte allem Anscheine nach niemand mehr etwas von dem „Grenzbund“, der dreißig Jahre vorher bestanden hatte und dessen Wirken einer ähnlichen Situation entsprungen war wie derjenigen, um deren Bewältigung man sich jetzt selbst bemühte: dem Eintreten für die eigene Nation und zugleich dem Bemühen, mit dem national anders Gesinnten im Gespräch zu bleiben und wenn möglich zu einem für beide Seiten annehmbaren Ausgleich der Interessen zu

kommen.

Wie gesagt: die Situation war 1950 eine ähnliche wie zur Volksabstimmung 1920, aber nicht die gleiche. Der Zusammenbruch der Weimarer Republik, das Dritte Reich, der Zweite Weltkrieg mit der Besetzung Dänemarks durch die Deutschen, der totale Zusammenbruch 1945 hatten in vielem andere und vor allem gänzlich veränderte psychologische Voraussetzungen geschaffen.

So war auch die Zielsetzung des „Grenzfriedensbundes“ einerseits viel begrenzter und bescheidener, andererseits aber wesentlich realistischer als die des dem Vergessensein anheimgefallenen „Grenzbundes“. Dieser rechnete noch mit dem wachen übernationalen Solidaritätsbewußtsein der Arbeiterschaft als einer Realität mit schöpferischer Kraft und wollte darum Deutsche und Dänen trotz und gerade wegen der eben vorhergegangenen nationalen Auseinandersetzung zu gemeinsamen Handeln in seinen Reihen sammeln, um so Klammer und Brücke zumindest für die Arbeiterschaft des durch die neue Grenze geteilten Schleswigs zu werden.

Daß dieses Wollen sich als utopisch erwiesen hat, mindert nicht den Wert des Versuchs, der durch seine Großzügigkeit noch heute besticht und Respekt vor dem damaligen Wollen abnötigt.

*

Friedrich Bauer wurde am 13. September 1885 in Kiel als Sohn eines Maurers geboren. Er selbst erlernte das Buchdruckerhandwerk und ging als Gehilfe zunächst nach Plön, dann nach Hamburg. Dort trat er 1906 der SPD bei und wurde bald Vorstandsmitglied im dortigen Arbeiter-Bildungsverein. 1909 war er Schiffsdrucker auf dem Passagierschiff der Hamburg Süd „Cap Ortegall“, ging im selben Jahr nach Wien und später nach Dresden. 1912 kehrte er nach Kiel zurück, wo er im Arbeitersekretariat hospitierte. Von 1915 bis 1918 war er Soldat in Rußland und Frankreich. Im Frühjahr 1919 wurde er Arbeitersekretär in Flensburg und blieb es bis zum Herbst 1921, um dann als juristischer Berater beim Ortsausschuß Großhamburg des ADGB tätig zu sein. 1927 vom Senat an die Hamburgische Gesandtschaft nach Berlin berufen und 1928 zum Senatsrat und Stellvertretenden Bevollmächtigten Hamburgs im Reichsrat ernannt. 1933 von den Nationalsozialisten entlassen und in Fuhlsbüttel inhaftiert. Nach einem halben Jahr auf Fürsprache Dr. Karl Alhors wegen seines Wirkens in der Abstimmungszeit wieder freigelassen. Seit 1934 im Filmverleih tätig und 1945 von der britischen Besatzungsmacht zum Wiederaufbau des deutschen Films in ihrer Besatzungszone berufen. Lebte in dieser Zeit in Hamburg, später in Helsa bei Kassel und in seinen letzten Lebensjahren wieder in seiner Heimatstadt Kiel. Das sind die nüchternen Daten seines Lebensweges. Was alles aber umschließen sie!